

Schub: Zuerst wollte der...
 Antifa Nachrichten-Doku
 Vietnamese...
 Neonazi Priem lieg vor...
 „Nationale“ Berater
 #7 - Juni '95
 über Wahltritt
 A 8808 B 500 DM

Anklage in Berlin wegen Waffen- und Sprengstoffdelikten sowie P...
 Kein Verbot für
 REP-Parteitag
 Gericht ahndet Mord an junger Frau mit Gefängnis

Roma ermordet
 Rechte Schmierereien in Gedenkstätte
 Gedenktafeln
 schmiedert



ei Italiener in
 en überfall...
 Synagoge
 Reps tagen
 Jüdischer Friedhof
 geschändet
 verboten
 n-Anscl...

Anti-Antifa bedroht
 DNS-Abgeordnete

Neonazi-Treffen aufgelöst
 FAP

Skins töteten Afrikaner
 Prag will härter gegen rechtsradikale Täter und Organisationen vorgehen

Hallo!

Im Dezember letzten Jahres schrieben wir in der Einleitung: „Diese Zeitung ist für uns nicht nur Neuland, sondern sie ist auch ein Wagnis: Es steckt massig Arbeit drin und wer weiß, ob wir es erstens schaffen, sie auf Dauer monatlich herauszukriegen und zweitens, ob sie überhaupt von anderen Initiativen und Menschen angenommen wird, also ob tatsächlich ein Bedarf dafür besteht. Aus beiden Gründen haben wir das Erscheinen der Zeitung auf erstmal sieben Nummern begrenzt. Mit der Juni-Ausgabe werden wir eine Pause einlegen.“ Und nun ist es soweit. Die Juni-Ausgabe liegt vor Dir und wir haben es geschafft, jeden Monatsanfang die neue Nummer her-

auszubringen. Und die Entscheidung über die weitere Herausgabe der Zeitung ist ebenfalls gefallen. Nach der Sommerpause geht es weiter, denn die „Was geht ab?“ wird erstens von vielen Gruppen und Initiativen angenommen und zweitens auch ohne größere Probleme von uns produziert. An dieser Stelle wollen wir uns aber auch mal bei all denen bedanken, die uns dabei unterstützt haben. Sei es durch Spenden (Faxgerät, Geld, Porto), durch die Zusendung von Berichten und Artikeln oder dadurch, daß sie uns sehr viel Lob und viel weniger Kritik zukommen ließen. Sowas ist uust wichtig, wenn man solch ein Projekt macht! Die nächste Ausgabe erscheint also nach der Sommerpause am 1. September.

Mit der jetzigen Ausgabe enden übrigens auch alle „Anfangs-Abos“, die ja auf die ersten sieben Ausgaben beschränkt waren. Dafür gibt es aber nun ein neues „Archiv-Abo“, das die Ausgaben 1 bis 15 umfaßt und 45 DM kostet.

Zu dieser Ausgabe: Nun sind allgemein die diversen Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung und des Endes des Krieges vorbei. Allein mit der Aufzählung

der Aktivitäten zu diesem Anlaß würden wir eine eigene Ausgabe voll kriegen, was wir aber nicht wollen. Deshalb haben wir uns darauf verständigt, nur einige Beispiele aufzuführen, was nicht die Bedeutung des Anlasses infrage stellen soll. Zumal es oft mehr Quantität als Qualität gab und mehr als genug Peinlichkeiten. Trotzdem konnten sich diejenigen bisher nicht durchsetzen, die am liebsten einen „gedenkfreen“ Mai gehabt hätten - und diese sitzen nicht nur im erklärtermaßen rechtsextremen Lager.

Zum Schluß noch ein Hinweis: Wir haben zwar schon einige Spenden erhalten, trotzdem steht die langfristige Herausgabe der „Was geht ab?“ nicht auf festen Beinen. Eine einzige schlecht verkaufte Ausgabe stellt schon das ganze Projekt finanziell infrage. Immerhin haben wir an Kosten nicht nur den Druckpreis zu bezahlen, sondern mehrere hundert Mark Miete, Porto, Telefon/Fax und etliche zusätzliche Kosten (Kopien, Büromaterial). Deshalb bitten wir diejenigen, die unsere Zeitung gut finden und finanziell dazu in der Lage sind, uns mit einer Spende zu unterstützen, um die Zeitung „Was geht ab?“ auch weiterhin zu sichern!

Antifaschistisches

INFO

BLATT

Das Antifaschistische Infoblatt gibt es seit '87. Es erscheint alle 2-3 Monate bundesweit mit ca. 60 Seiten. Schwerpunkte sind:

- Entwicklungen und Aktivitäten der Neonazis in der BRD und international
 - Entlarvung und Veröffentlichung ihrer FührerInnen
 - Neue Rechte und Braunzone
 - Antifaschistische Aktivitäten in der BRD und international
 - Repression gegen Antifas
 - Dokumentation von, und Beteiligung an Diskussionen über Antifasarbeit
 - Rassenmus, Nationalismus
 - Antifa Info ist und Sextismus in der Gesellschaft
 - Antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen.
- Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Ihr könnt das Antifa Info für 5.-DM + 2.-DM Porto bestellen.
Ein Abo über 5 Ausgaben kostet 30.-DM.

Antifa Infoblatt
c/o L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Coupon

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

- ☐ Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!
- ☐ Abo (10 Nummern) ab # _____ für 35 DM
- ☐ Förder-Abo (10 Nummern) ab # _____ für 50 DM
- ☐ Archiv-Abo (#1-15) für 45 DM
- ☐ Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!
- Bitte schickt mir _____ Exemplare der # _____ für 2,50 DM pro Stück plus 6 DM Versandpauschale
- ☐ Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen
- Bitte entweder Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!
- Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V.
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennw. WGA

Hey, AbonentIn!

Schau vorn auf den Briefumschlag! Auf dem Adressenaufkleber steht unter der Absenderzeile in kleinen, fetten Buchstaben, bis wann bzw. bis zu welcher Nummer dein Abo läuft. Wenn es ausgelaufen ist, schicken wir keine extra Benachrichtigung, also selber merken!

Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #7

Erscheinungsdatum:

1. Juni 1995

2. Jahrgang

Herausgeber:

A-Point e.V.

Redaktion:

Edelweiß-Piraten Berlin

Verantwortlich iSdP:

Für nicht oder mit "WGA" gekennzeichneten Artikel:

Kai Mara

Bei allen anderen Artikeln ist der ViSdP der Quelle verantwortlich!

Sammelanschrift für alle:

Was geht ab?

Postfach 110 331

D-10833 Berlin

Fax: 030 / 694 67 95

Konto:

A-Point e.V.

Nr. 733 885-104

Postbank Berlin

BLZ 100 100 10

INHALT:

Seite	Bereich
4	Bundesweit
7	Baden-Württemberg
9	Bayern
10	Berlin
12	Brandenburg
14	Bremen
14	Hamburg
14	Hessen
14	Mecklenburg-Vorpommern
15	Niedersachsen
16	Nordrhein-Westfalen
17	Rheinland-Pfalz
18	Saarland
18	Sachsen
18	Sachsen-Anhalt
19	Schleswig-Holstein
20	Thüringen
20	International
22	Briefe gegen das Vergessen
24	Neuerscheinungen
25	Index

Quellen

Folgende **Quellen** haben wir für diese Ausgabe benutzt:

ai-Info

AN= Antifaschistische Nachrichten

Antifa-AK Uelzen

Bad. Z.= Badische Zeitung

Baobab Infoladen

BBZ= Berlin-Brandenburger Zeitung

BeZe= Berliner Zeitung

BK= Berliner Kurier

BM= Berliner Morgenpost

bnr= blick nach rechts

BZ= Berliner (Springer-) Zeitung

EinSatz

Focus

FR= Frankfurter Rundschau

JF= Junge Freiheit

JW= Junge Welt

Kurdistan-AK Sonthofen

Linksabbieger

MAZ= Märkische Allgemeine Zeitung

Mopo HH= Morgenpost Hamburg

MZ= Mitteldeutsche Zeitung

ND= Neues Deutschland

NE= Nation + Europa

RA= Ruppiner Anzeiger

StZ= Stuttgarter Zeitung

SZ= Süddeutsche Zeitung

Taz= Die Tageszeitung

Toronto Star

Tsp= Der Tagesspiegel

Umbruch

Welt

WGA= Eigener Bericht

So funktioniert diese Zeitung:

Die **Was geht ab?** ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International**, **Neuerscheinungen** sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

**...und nicht vergessen:
Die nächste
"Was geht ab?"
erscheint erst
nach den Sommer-
ferien, am
1. September '95.
Redaktionsschluß
ist ausnahms-
weise schon zwei
Wochen vorher,
am
15. August '95!**

Abschiebestopp für KurdInnen aufgehoben!

WGA - Auf der Innenministerkonferenz in Berlin am 18. und 19. Mai '95 wurde beschlossen, den Abschiebestopp für Menschen aus Türkisch-Kurdistan ab Juni wieder aufzuheben. Damit sind sämtliche Bundesländer nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, ab 12. Juni '95 Kurden und Kurdinnen nach Ankara abzuschicken, wenn sie in der BRD keine Aufenthaltsgenehmigung mehr vorweisen können oder wenn sie wegen Straftaten verurteilt wurden. Die Regelung, die in dem letzten halben Jahr galt und nach der die Abschiebepaxis in den Bundes-

ländern sehr unterschiedlich gehandhabt wurde, fällt damit flach. Durch diesen Beschluß sind in den nächsten Monaten Tausende von KurdInnen akut von Abschiebung bedroht. Mehreren hundert von ihnen droht in der Türkei die Folter und Gefängnis, weil sie in der Bundesrepublik politisch „aufgefallen“ sind. Mit Wasserwerfern und Räumpanzern „begleitete“ am 19. Mai die Polizei eine Demonstration in Berlin, die gegen diesen Entschluß protestierte. Zu der Demo hatten 50 Flüchtlingsinitiativen und antirassistische Gruppen aufgerufen.

Nazi-Sport „Aussteigen“: Jetzt geht's in die Vollen!

WGA - Es gab in den letzten Jahren immer wieder mal Erklärungen von Neonazis, daß sie sich aus der „aktiven Politik“ rausziehen. Darunter waren neben vielen lokalen oder regionalen Kadern manchmal auch bundesweit und sogar international operierende Führungspersonen. Doch mittlerweile sieht es so aus, als würde die Naziszene gar nicht mehr existieren, sondern sie hat sich geläutert zurückgezogen. Dies ist jedenfalls der Eindruck, wenn man sich die Liste der Ausgestiegenen anschaut, denn bald bleiben gar keine Kaderpersonen mehr übrig. Die „Prominentesten“ von ihnen: **Karl-Heinz Hoffmann**, ehemals Chef der **Wehrsportgruppe Hoffmann**, bei der etwa 400 Faschisten an Waffen und Sprengstoff ausgebildet wurden, unter anderem während des Bürgerkriegs im Libanon.

Ingo Hasselbach, schon in der DDR aktiver Nazi wurde er Funktionär der nach der Wende gegründeten **Nationalen Alternative**. Hasselbach verdient prima durch den Verkauf seines Buches „Die Abrechnung“.

Ewald Althans, bundesweiter Organisator faschistischer Aktivitäten.

Inger Preßmer versuchte 1993 sich zusammen mit Hilfe ihres Freundes **Falco Schübler** als „Aussteigerin“ in antifaschistische Kreise zu schleichen. Durch ihre widersprüchlichen Aussagen und dummes Verhalten flog das aber schnell auf.

Jürgen Mosler, einst Führungskader der **ANS/**

NA, später Führer des Anti-Kühen-Flügels bei der **FAP**, behauptete, daß er mit der Naziszene gebrochen hätte. Er ist heute bei der **Republikanern** aktiv.

Arnulf Priem ist seit über 20 Jahren aktiver Neonazi. Seine Karriere ging nach der Abschiebung aus der DDR erst in Freiburg und dann in Berlin weiter. Die **Kampfgruppe Priem** wurde zur Schutzgruppe der **NSDAP/AO**, Priem war Intimus von Michael Kühnen. Später avancierte er zu einem seiner Nachfolger. Priem ist auch innerhalb der **GdNF** eine wichtige Person und hat gute Kontakte zu den österreichischen Kreisen der Briefbomben-Versender. Erst im August '94 fand die Polizei in seiner Wohnung Sprengstoff.

Oliver Kulik aus Berlin war Priems „rechte Hand“ mit sehr guten Kontakten zu **Christian Worch** in Hamburg und **Bernd Koch**, in dessen Kampfschule auch die Solinger Attentäter trainierten. Kulik war Vorsitzender des **Arbeitskreises Deutscher Interessen**. Interessiert sich angeblich nur noch für die Freundin.

Andreas Pohl war Gründer und einer der beiden wichtigsten Personen der **NF (Nationalistische Front)** bzw. deren Nachfolge-Organisationen. Er hat gute internationale Kontakte.

Norbert Weidner ist schon seit etwa zehn Jahren aktiver Neonazi, also bereits seit seiner Jugendzeit. Eingebunden in die Struktur der **Anti-Antifa** war er unter anderem Führungskader der **FAP**, bis diese im vergangenen Februar verboten wurde.

WJ-Klage abgewiesen

JW-Info 14.5.95 - Das Bundesverwaltungsgericht Berlin teilte mit, daß es bereits am 21. April '95 den Antrag der neonazistischen **Wiking-Jugend** zur Aufhebung des Verbots ebenso wie eine Anfechtungsklage zurückgewiesen habe. Damit folgte das Gericht der Auffassung der Bundesregierung. Das Bundesinnenministerium hatte die 1952 gegründete WJ wegen Verfassungswidrigkeit im November '94 verboten. Das Verbot sei laut Gericht rechtens, da die Organisation eine mit dem Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes unvereinbare Rassenlehre propagiere und eine Überwindung der verfassungsmäßigen Ordnung anstrebe. Aus dem vorliegenden Beweismaterial ergebe sich, daß sie sich zu Adolf Hitler und anderen Nazi-Kriegsverbrechern bekenne. Die Wesensverwandtschaft der Wiking-Jugend zum Nationalsozialismus werde durch ihr Programm, in den im Auftrag der Vereinsleitung herausgegebenen Publikationen und in Äußerungen maßgeblicher Vereinsorgane belegt. (Az: BVerwG Berlin 1 VR 9.94).

Drohungen gegen PDS-Abgeordnete

FR 15.5.95 - Die **PDS**-Bundestagsabgeordnete **Ulla Jelpke** ist von der faschistischen **Anti-Antifa** bundesweit mit Privat- und Büroanschrift sowie einem Foto öffentlich angeprangert und bedroht worden. Das steckbriefartige Flugblatt wurde auch in der Straße in der Ulla Jelpke in Hamburg wohnt ausgelegt worden. Initiiert wurde das Pamphlet von einer Anti-Antifa-Gruppe aus Naumburg/Saale in Thüringen, die darauf auch eine Anschrift in Hamburg angibt. Sie rufen dazu auf, daß man Frau Jelpke „klarmachen“ solle, daß „auch nationalgesinnte Menschen ein Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Betätigung haben“. In Richtung anderer militanter Faschisten richten sie die Aufforderung: „Der Fortschritt der nationalen Opposition darf nicht durch eine solche Person behindert werden!“. Zum Zielobjekt für die Nazi-Gruppen wurde Ulla Jelpke durch ihre parlamentarischen Initiativen gegen rechtsextreme Aktivitäten in diesem Lande, oder wie die Verfasser des Naziflugblatts das formulieren: „Jelpke stellt häufig Anfragen im Bundestag, die im Zusammenhang mit der nationalen Opposition stehen“. Es wurde Strafanzeige gegen die Verfasser des Pamphlets gestellt.

Bewährungsstrafen für Nazi-Funktionäre

JW-Info, BeZe 17.5.95 - Wieder einmal sind führende Funktionäre der deutschen Naziszene glimpflich davon gekommen: Brauchte die Justiz vor kurzem noch 124 Verhandlungstage, um dann das Verfahren wegen Fortführung der **Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS/**

NA) wegen Erkrankung eines Schöffen einzustellen, ging es diesmal schneller. Statt eines Mammutverfahrens gab es diesmal mehrere kleine Prozesse, die bisher alle mit Bewährungsstrafen endeten. Die höchste Strafe erhielt im Dezember '94 **Friedhelm Busse** mit 20 Monaten. Am 16. Mai '95 sind nun vom Landgericht Stuttgart im dritten Verfahren weitere Faschisten verurteilt worden, ihnen wurde vorgeworfen, die ANS/NA nach deren Verbot unter dem Namen **KAH** weitergeführt zu haben. Das KAH fungierte offiziell als „Komitee zur Vorbereitung des 100. Geburtstags von Adolf Hitler“ und hatte dieselbe Struktur wie die ANS/NA. Verurteilt wurde nun: Der 43jährige **Willy Wegner** aus Hamburg, der als „Sektionsleiter Nord“ fungierte und später stellvertretender Bundesvorsitzender der kürzlich verbotenen **FAP** wurde. Der 28jährige, aus Franken stammende **Gerald Menhorn** und **Falco Schübler** waren als „Gau-sekretäre“ und „Kameradschaftsführer“ ebenfalls in die Führungsstruktur eingebunden. Und auch der 28jährige **Alois Hogh** aus Tübingen wurde verurteilt. Er behauptete beim Prozeß, er wisse gar nichts von den Zielen der ANS/NA. Insgesamt wurden Strafen von sechs bis zehn Monaten auf Bewährung ausgesprochen.

Richter Orlet:

Herr Biedermann tritt ab

BeZe 6.5.95 - Der wegen seiner Urteils zu Günter Deckert, Bundesvorsitzender der NPD, berückichtigte Mannheimer Richter **Rainer Orlet** hat seinen Rücktritt eingereicht. Er wird in Zukunft Rentner sein. Damit setzte er selber den Schlüsselpunkt der Affäre. Dem Vorausgegangen war einer formale Distanzierung Orlets von rechtsextremen Gedankengut. Über seine Anwälte ließ er am 5. Mai '95 mitteilen, er bedaure, wenn durch seine Äußerungen der unzutreffende Eindruck einer geistigen Nähe zum Rechtsextremismus entstanden sei. Er wies außerdem darauf hin, daß seine veröffentlichten Äußerungen teilweise unvollständig und unzutreffend sowie mißverständlich wiedergegeben seien. In einer Erklärung vor dem Landtag von Baden-Württemberg erklärte er: „Nach Erlass des Revisionsurteils des Bundesgerichtshofs vom 15.12.1994 sind meine früheren Äußerungen zum Deckert-Urteil überholt. Mein Vorbringen, ich würde das Urteil noch einmal genauso schreiben, halte ich nicht aufrecht“. Bye, bye, Biedermann.

amnesty international: Folter durch deutsche Polizei

JW 17.18.5.95 - Die Gefangenenhilfsorganisation **amnesty international (ai)** veröffentlicht regelmäßig Berichte über staatliche Mißhandlungen überall auf der Welt. Finden diese in weit entfernten Ländern, am besten noch in „kommunistischen“ oder islamischen Ländern statt, freu-

en sich bundesdeutsche PolitikerInnen ganz besonders: In unzähligen Erklärungen werden dann dort die Menschenrechte eingeklagt, gleichzeitig mit Verweisen auf angeblich menschliche Repressions- und Haftbedingungen in Deutschland. Doch der neueste Bericht von ai hatte plötzlich ganz andere Reaktionen zur Folge, zumindest aus dem Regierungslager. Mitte Mai wurde ein

Bericht veröffentlicht, in dem innerhalb des Zeitraumes seit Januar 1992 insgesamt 70 Fälle von Mißhandlungen von AusländerInnen durch deutsche Polizisten gezählt werden. Es handle sich bei diesen Fällen grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung nicht nur um isolierte Einzelfälle hob der Bericht hervor. Mindestens zwei Fälle kommen der Folter gleich. Insgesamt ist es nur in einem Fall von Ermittlungsverfahren auch zu einer Verurteilung der Täter gekommen. Natürlich ist die Zahl von 70 Fällen zu niedrig gegriffen - jeder Ermittlungsausschuß, jede Asylberatungsstelle wird allein in ihrem Bericht auf diese Zahl kommen. Trotzdem ist es bemerkenswert, daß sich ai diesmal der Behandlung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen durch die deutschen Repressionsorgane annahm. Die Reaktion der zuständigen Regierungspolitiker fiel wie erwartet aus. Innenminister **Manfred Kanther** sprach von einer „Verfälschung der Realität“. Berlins Innensenator **Dieter Heckelmann** warf ai vor, sie würden sich als „Oberrichter“ aufspielen, die Vorwürfe seien „massiv überzogen“. Der innenpolitische Sprecher der **CSU**-Landesgruppe im Bundestag, **Wolfgang Zeitmann** nahm die Polizei auf ganz besondere Weise in Schutz: „Statt unverschämte, pauschale Vorwürfe zu erheben, sollte auch ai den Beitrag der deutschen Polizei zur inneren Sicherheit der Bundesrepublik anerkennen.“ Auch der Sprecher der Polizeigewerkschaft **GdP**, **Rüdiger Holecek**, verteidigte die Maßnahmen der „Sicherheitskräfte“. So sei es zum Beispiel legitim, wenn die Bremer Polizei Menschen mit schwarzer Hautfarbe zur Wache schleppe und ihnen zwangsweise Brechmittel verabreiche. Trotz allein 400 (!) solcher im antirassistischen Büro **ARAB** bekanntgewordener Fälle allein in Bremen seien dies nur „Einzelfälle“. Auf die von ai angeführte hohe Dunkelziffer verwies ein Sprecher der **Reistrommel**, einer Berliner Beratungsstelle für Flüchtlinge und betonte, daß die veröffentlichten Fälle ausschließlich belegte Angriffe seien. Laut Informa-

NPD-Kontakte

Folgende Telefonnummern fungieren als Kontakte zur Nationaldemokratischen Partei (NPD).

Bundesweit:	0711 / 610 605
Baden-Württemberg	0711 / 610 604
Bayern	089 / 264 541
Berlin	030 / 451 30 07
Bremen	0421 / 169 25 14
Hamburg	040 / 365 626
Hessen	0611 / 503 458
Mecklenburg-Vorpommern	0381 / 711 228
Niedersachsen	04131 / 37 326
Nordrhein-Westfalen	02327 / 230 619
Rheinland-Pfalz	06321 / 80 271
Saarland	06806 / 490 242
Sachsen	03733 / 24 274
Sachsen-Anhalt	03935 / 211 976
Schleswig-Holstein	04821 / 42 501
Thüringen	03621 / 56 693

tionen von ai hat es allein 1992 in Berlin 646 Strafverfahren gegen Polizisten gegeben, von denen nur in 19 Fällen Anklage erhoben wurde. Alle Beamten wurden freigesprochen! Es gab aber auch in der Bundespolitik andere Äußerungen als die von Kanther und Co. So erklärte die Ausländerbeauftragte **Cornelia Schmalz-Jacobsen**; „Es sind ein bißchen viele Fälle, um nur Ausnahmen zu sein.“ Die Abgeordnete **Cornelia Sonntag-Wolgast** eierte im Namen der **SPD**-Bundestagsfraktion herum, derartige Vorfälle müßten überprüft und eventuell disziplinarische Maßnahmen eingeleitet werden. Nach Aussagen der **Arbeitsgemeinschaft Kritischer PolizistInnen** stellt der Bericht nur die Spitze des Eisberges dar.

Nazi-Randale zum 20. April

BM 22.4.95 - Am Rande von Neonazi-Treffen zum Hitler-Geburtstag am 20. April '95 hat die Polizei in Berlin, Brandenburg, Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen-Anhalt über 80 Rechtsextremisten fest- oder in Gewahrsam genommen. Unter den überwiegend jugendlichen Festgenommenen waren auch Rädelsführer der rechten Szene. Die Polizei beschlagnahmte große Mengen neonazistisches Propagandamaterial und Waffen.

„Kein Nazi-Terrorismus“

stZ 5/95 - Der ehemalige Generalbundesanwalt **Kurt Rebmann** erklärte gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“, daß es nach seiner Einschätzung in Deutschland bis heute keinen Terrorismus von rechts gibt. Stattdessen könne man nur von Rechtsextremismus sprechen.

"Ordnerdienst / Sport"

Umbruch #7, WGA - Die Zeitung **Umbruch** wird innerhalb der Naziszene zu einem immer wichtigeren Organ. Herausgegeben von **Steffen Hupka**, der bereits seit Jahren eine wichtige Kaderpersönlichkeit ist, dient diese Zeitung der Weiterbildung interessierter Neonazis. Daß dabei die „Hefte für Ideologie und Strategie“ nicht nur inhaltliche und theoretische Artikel beinhalten, zeigt einmal mehr die neueste Ausgabe. Ein Viertel des Heftes wird der Schulung zum Verhalten bei Veranstaltungen sowie nach Festnahmen gewidmet. Wir dokumentieren einen Auszug daraus:

Referat: Ordnerdienst / Sport

1.0 Zielvorgabe

Sichere Durchführung von Veranstaltungen und Gruppentreffen der Organisation gewährleisten. Vorfeldaufklärung.

2.0 Methode

Der Ordnerdienst hat grundsätzlich defensiven Charakter. Er soll die Durchführung von Veranstaltungen sicherstellen. Im Einzelnen sind das folgende Aufgaben:

2.1 Vorbeugende Aufklärung

Bei größeren, d.h. dem Gegner bekannten Veranstaltungen oder Treffen, sind Informationen darüber zu sammeln, ob, in welcher Stärke und mit welchen Mitteln der Gegner (Linke, Autonome) das Treffen stören wird. Dazu gehört:

- Treffen der Antifa. Wo? Wann?
- Marschrouten der Antifa
- voraussichtliches Zusammentreffen mit Antifa. Wo? Wann?

Planung und Zusammenrottung des Gegners ist möglichst schon im Vorfeld durch zweckmäßige Maßnahmen zu behindern ohne eigene Kräfte zu verbrauchen oder zu gefährden. Dies kann durch Streuung falscher Informationen über Ort und Zeit der Veranstaltung geschehen oder mit anderen phantasievollen Aktionen, die von wenigen durchgeführt werden können. Hier ist eng mit dem Referat Sicherheit zusammenzuarbeiten.

2.2 An- und Abfahrt der Teilnehmer sichern

Der Ordnerdienst hat für entsprechende Parkräume für Pkw zu sorgen, die versteckt bzw. entsprechend gesichert sind. Der Weg der Teilnehmer von diesen Parkplätzen zum Veranstaltungsraum ist zu sichern. Am Ende der Veranstaltung läuft das Gleiche nur umgekehrt.

2.3 Veranstaltungsort sichern

Die störungsfreie Durchführung der Veranstaltung ist zu gewährleisten. Der Ort ist weiträumig (ca. 500-1000 m) durch verdeckte, motorisierte Patrouillen, die untereinander in Verbindung stehen, abzuschirmen, um den herannahenden Gegner rechtzeitig an den Veranstaltungsort zu melden oder ihn schon vorzeitig abzufangen, wenn die eigenen Kräfte dies erlauben. Bei der Abwehr des Gegners, der als gewaltbereit erkannt ist, sollte der Kontakt in dann gegebenen Notwehrsituationen so kurz und nachhaltig wie möglich sein. Der Zugriff muß möglichst überraschend, schnell, hart und entschlossen bis zur Flucht des Gegners erfolgen. Die Verfolgung ist in keinem Fall aufzunehmen, sondern der Veranstaltungsort weiter zu sichern.

2.4 Veranstaltungsablauf sichern

Veranstaltungen können auch gestört werden von eigenen, undisziplinierten Leuten oder von gegnerischen Störern, denen es gelungen ist, unerkannt in die Veranstaltung zu kommen. Erstere sind erstmal zu ermahnen und bei erneutem Auffallen zu entfernen. Erkannte Gegner fliegen natürlich sofort raus.

2.5 Räumlichkeiten herrichten

Ein Teil der Organisationskräfte hat für die räumliche Herrichtung des Veranstaltungsraumes zu sorgen (Tische, Stühle, Fahnen, Rednerpult usw.).

Alle Maßnahmen sind unter Vorbehalt bei Polizeipräsenz zu sehen. Polizei ist Gegner Nr. 1, leider z.Zt. noch zu stark für uns. Die Polizei nimmt Abwehrmaßnahmen unsererseits grundsätzlich zum Anlaß, gegen uns und nicht gegen die Antifa vorzugehen. Das ist immer zu beachten! Sollte Polizei nicht gegenwärtig sein, ist sie nur dann von uns zu rufen, wenn unsere Lage so hoffnungslos ist, daß das Leben von Kameraden bedroht ist.

3.0 Mittel

Der Ordnerdienst führt regelmäßig Schulungen theoretischer und praktischer Art zu folgenden Themen durch:

- Rechtsschulung
- Verhalten bei Demonstrationen
- Funk-, Foto- und Filmbildung
- Fahren im Konvoi
- Verhalten gegenüber Polizei und Presse
- Körperliche Ertüchtigung
- Vorgehen in Gruppen
- Erste-Hilfe-Kurs
- usw.

Die Grundausrüstung eines Ordners bei größeren Veranstaltungen ist:

- Reisepaß (kein Personalausweis, da dort die Adresse steht. Sonst nichts: Keine Scheckkarten, Fotos, andere Papiere), Fahrzeugführer: Kfz-Schein, Führerschein;
- Telephongeld (keine größeren Beträge);
- Sturmhaube;
- zivile, aber zweckmäßige Kleidung
- möglichst festes Schuhwerk! (Z.B. Arbeitsschuhe);
- Telefonnummer der Einsatzzentrale bzw. des Veranstaltungsortes;
- Bei öffentlichen Veranstaltungen keine Waffen am Mann (!). Stöcke von Plakatschildern sind keine Waffen!
- Einige Kameraden sind als Sanitäter mit entsprechender Ausrüstung bereit zu halten;
- Ordner-Kfz sollten beim Einsatz darauf achten, daß ihre Kennzeichen nicht unbedingt für jeden sichtbar sind;
- Ein oder zwei Kameraden sind mit Foto- bzw. Videoausrüstung auszustatten.

Der Ordnerdienst hat sich aus zuverlässigen Kameradinnen und Kameraden zusammenzusetzen, denn er trägt eine hohe Verantwortung. Er legt eine interne Hierarchie fest, die einen organisierten, effektiven Einsatz ermöglicht. Nach außen sollten die Ordner durch eine Armbinde mit der Aufschrift „Ordner“ gekennzeichnet sein.

„Nazis vor Gericht“

BeZe 19.5.95 - Der als „Nazi-Jäger“ bekannt gewordene **Simon Wiesenthal** hat Bundeskanzler Kohl aufgefordert, sechs Männer gerichtlich verfolgen zu lassen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den Niederlanden wegen Verbrechen während der deutschen Besatzung zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden waren. Die Niederländer waren 1952 in Deutschland eingebürgert worden.

12. BdV-Bundeskongreß

WGA, JF, JW 4.-12.5.95 - Am Wochenende des 5. bis 7. Mai '95 fand in Berlin der 12. Bundeskongreß der Jugendorganisation des **Bund der Vertriebenen (BdV)** der **Jungen Generation** statt. Als am Freitag die ersten Tagungsteilnehmer („Deutschstämmige“ aus Polen) eintrafen, wurden sie von einigen Antifas empfangen, welche

den Tagungsort, das Haus am Köllnischen Park, blockierten und aus dem Reisebus die Luft rausließen. Schließlich griff die Polizei durch und vertrieb die Antifas. Zuvor kam es zu kurzen Auseinandersetzungen zwischen den Antifas und einigen Vertriebenen. Der eigentliche Seminarteil begann am Samstag mit einer Rede des Bundestagsvizepräsidenten **Hans Klein (CSU)**, weitere Referenten waren Prof. Dr. **Hans Hecker**, **Markus Leuchner** (BdV), BdV-Präsident Dr. **Fritz Wittmann** und Prof. **Hans-Helmuth Knütter**. Dieser prägte in Kreisen der CDU/CSU den Begriff des Anti-Antifaschismus und schrieb das Buch „Die Faschismuskule“.

Thule-Netz

bnr 10/95 - Das rechtsextreme **Thule-Netz** wurde auf zwölf Mailboxen erweitert. Neu hinzugekommen sind die **SoRevo Bulletin Board System (BBS)** in Berlin um **Thomas Richter**, die

einer „geschlossenen Benutzergruppe“ vorbehalten bleibt und die **Private Ausweg BBS** in Mecklenburg. Weiterhin „im Aufbau“ befindlich ist die **Reißwolf BBS** des Weinheimer **NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert** („Zeus“). Wieder mit dabei sind die Mailboxen **Elias BBS** von **Jürgen Ost** aus Ostersheim (Rhein-Nekar-Kreis) und die Frankfurter **Rechtsweg BBS**. Aus der Selbstdarstellung der Thule-Netzes: „Das Thule-Netz wurde am 20.3.1993 von den Mailboxen **Phantom BBS** und **Widerstand BBS** ins Leben gerufen. Bereits kurz darauf schlossen sich das **Elias BBS** und die **Wolf-Box** an und bildeten das erste überregionale Gerüst des Thule-Netzes. Der Name wurde in Anlehnung an das **Thule-Seminar** gewählt. Wir fühlen uns den Ideen der sogenannten „Neuen Rechten“ wie Alain de Benoist, Pierre Krebs, Arther Korsenz, Sigurd Hunke, Detlev Promp, Guillaume Faye oder Jean Haudry verbunden.“

Baden-Württemberg

Razzien gegen Neonazis

bnr 10/95 - Am 3. Mai 1995 wurden sieben rechtsextreme Objekte im Rhein-Neckar-Kreis von der Polizei durchsucht. Dabei wurden bei vier Nazis aus Michelsfeld bei Sinsheim und Neckargemünd ein regelrechtes Waffenarsenal entdeckt. Darunter elf Gewehre (u.a. eine MG 42 und eine G 3 von Heckler & Koch), fünf Pistolen, die Hülle von zwei Panzerfäusten, 32 fabrikneue Gewehrkolben, 200 Munitionsmagazine sowie 24 Dolche und Bayonette, SS-Uniformen, Hakenkreuzfahnen, rechtsradikales Propagandamaterial und 250 Videokassetten. Vier Männern werden nun Verstöße gegen das Waffengesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz vorgeworfen. Der Hauptverdächtige ist der vorbestrafte Neonazi **Frank Detlef Bender** (29), der gute Kontakte zur **Taunusfront**, zur **Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)**, zur **NSDAP/AO** und zur **Aktionsfront Nationaler Kameraden (ANK)** unterhielt. Außerdem hielten diese Nazis enge Kontakte zur 1993 aufgelösten **Nordischen Jugend** des ehemaligen **JN-Landesvorsitzenden** von Baden-Württemberg **Stefan Wollschläger** (25) aus Weinheim. Bender gehörte zusammen mit **Michael Schill** (25) in den 80ern Jahren den Wehrsportgruppen **Werwolf 21** und **Werwolf Baden, 2. Sturm Sinsheim** an. Beide wurden wegen Verbreitung von Propagandamaterial und Volksverhetzung 1987 vom Amtsgericht Karlsruhe und 1991 vom Heidelberger Amtsgericht verurteilt. Dem Heidelberger Prozeß gingen Hausdurchsuchungen im Raum Sinsheim im Mai und September 1989 voraus. Auch damals fand die Polizei Fahnen, Uniformen, Hakenkreuzabzeichen und große Mengen an Waffen und Munition. Bei Michael Schill fand

sich eine „schwarze Liste“ mit Adressen von Sinsheimer Grünen. Weitere acht Wohnungen von den Waffenbezieher Benders und seiner Konsorten wurden in Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Brandenburg durchsucht.

Rave statt Burschenschaftlertgesinge

JW 2.5.1995 - Seit einigen Jahren ist in Tübingen eine unangenehme Tradition eingerissen: In der Nacht zum 1. Mai ziehen mehrere hundert Mitglieder der völkischen und ultranationalistischen **Burschenschaften** mit Fackeln auf den „Holzmarkt“, um dort mit einem „Mai-Singen“ der Reichsgründung von 1871 zu gedenken. Die Tübinger Burschenschaften stehen in der Tradition zu den Tübinger Burschen, die sich 1919 an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik und damit direkt an der Niedermetzlung von 53 sowjetischen Gefangenen beteiligten. Um diesem Elite-Netzwerk aus „alten Herren“ und „jungen Kameraden“ in diesem Jahr entgegenzutreten hatte sich der „Tübinger Wohlfahrtsausschuß“ konstituiert. Als gegen 24 Uhr etwa 300 Burschen mit Fackeln den durch Polizei hermetisch abgesperrten Holzmarkt erreichten, um zum ersten Lied anzusetzen, bot sich den 1.500 Gegendemonstranten und Zuschauern ein eindrucksvolles Schaubild. Der Sound von „Conquests of Paradise“ übertönte aus einem Fenster den anfänglichen Versuch burschenschaftlicher Sängerherrlichkeit. Über die Köpfe aller Anwesenden hinweg projizierten Diaprojektoren Bilder zur Geschichte, Tradition und Kontinuität der Burschenschaften auf die Steinquader der Tü-

binger Stiftskirche. Schließlich betraten 15 nackte Menschen die Bühne. Das SEK stand hilflos in der Gegend rum. Zu guter letzt setzte sich ein Lautsprecherwagen mit Techno-Sound in Bewegung, mit dem meisten der Anwesend raved und groovend quer durch die Tübinger Altstadt zur Abschlußparty demonstrierten, mit dem Wissen, daß zum ersten Mal seit zehn Jahren kein Burschenschaftlertgeräusch in der Walpurgisnacht zu hören war.

Gegen REPs

JF 12.5.95 - Der Landtagsabgeordnete der **Republikaner**, **Horst Trageiser**, wurde anläßlich eines Informationsstandes von aufgebrachten PassantInnen auf dem Löwenmarkt in Weilimdorf verprügelt. Und mußte daraufhin ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei konnte allerdings einige Tatverdächtige festnehmen.

Neues Urteil gegen Deckert

JW 22/24.4.1995 - Vor dem Landgericht Karlsruhe ist am 21. April '95 zum fünften Mal wegen Volksverhetzung gegen den **NPD-Chef Günter Deckert** (55) verhandelt worden. Schon vor dem Prozeß machten einige Rechtsextreme Rabatz und riefen „Heil, Heil für Deckert“. Dieser profilierte sich vor Gericht mit seinen Phrasen: Zum nationalsozialistischen Massenmord an Juden sagte er, er fühle sich „dem freien Geist verpflichtet“ und könne keine „Dogmen der Zeitgeschichte“ hinnehmen, mit welchen das deut-

sche Volk „diszipliniert und politisch ausgenommen werden solle“. Es gebe eine „unheilvolle Allianz von Leuten, die die Geschichte benutzt, um die Deutschen ständig zu prügeln“. Zu seiner Auschwitzleugnung stehe er „nach wie vor vorbehaltlos“, betonte Deckert. Zuvor hatte das Gericht einen Antrag der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens abgelehnt. Deckerts Verteidiger, der in der rechten Szene bekannte Mannheimer **Ludwig Bock**, hatte in dem Antrag geltend machen wollen, daß kein faires Verfahren mehr möglich sei, weil Politiker sich zu den früheren Urteilen in der Sache öffentlich geäußert und damit Einfluß auf den Prozeß genommen hätten. Deckert wurde zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt.

Rechtsextreme Pfadfinder

BeZe 26.4.95, AN 9/95, Focus, Infotelefon GARFIELD - Wegen Verdachts auf Volksverhetzung hat die Staatsanwaltschaft Mosbach gegen sechs Anführer des rund 1000 Mitglieder zählenden **Pfadfinderbund Süd (PBS)** (Karlsbad/Kreis Karlsruhe) ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es bestehe der Anfangsverdacht auf Verbreitung von rechtsradikalem, volksverhetzerischem Gedankengut. Nach Angaben der Rhein-Neckar-Zeitung wurde ihr von aufgebrachten Eltern ein „Führerhandbuch“ des Pfadfinderbundes Süd zugespielt, in dem unter anderem der „Leuchter-Report“ (in dem die Auschwitz-Morde geleugnet werden) abgedruckt ist. Schon im vergangenen Jahr tauchte ein anonymes Flugblatt auf, daß dem „rechtsorientierten PBS unter anderem vorwarf, ihre Schützlinge systematisch den Eltern zu entfremden und die Nationalhymne in allen drei Strophen singen zu lassen. Mädchen und Jungen würden gezwungen, gemeinsam mit ihren Gruppenleitern zu duschen. Der PBS erstattete Anzeige gegen das Flugblatt. Bekannt wurde auch, daß PBS-Gruppenleiter Abtreibung stets als Mord erklärten und daß auf Referententreffen die rechtsradikale Zeitung **Code** rumging. Namentlich dem Geschäftsführer des PBS's **Dieter Scholz** (von Beruf Lehrer) werden rechtsradikale Tendenzen nachgesagt. Offensichtlich steht er auch politisch in einer Linie zu seiner Mutter, der letzten **BDM-Reichsführerin Scholz-Klink**. Interessant ist auch das der PBS-Chef **Peter Senger** von Beruf Polizist ist. Am 21. April 1995 fanden in sieben Wohnungen von Führungskräften des Pfadfinderbundes Hausdurchsuchungen statt. In Karlsbad, Mudau, Böblingen, Eberbach und Buchen soll massenweise Material beschlagnahmt worden sein. Vorübergehend festgenommene Personen wurden aber wieder freigelassen. Allerdings nicht außer acht gelassen werden darf, wer die Kampagne gegen den PBS maßgeblich betreibt und immer wieder als Opfer in den Medien auftaucht:

Dr. **Rainer Vogel** aus Hirschhorn. Seine 15jährige Tochter Freydis ist von zu Hause wegelaufen und anschließend vom PBS zum Jugendamt gebracht worden. Nun kämpft sie gerichtlich dafür, daß ihren Eltern das Sorgerecht entzogen wird. Diese wollen sie in eine psychiatrische Einrichtung einweisen lassen. Ein Grund, den Freydis für ihr Weglaufen angegeben hat, ist die Tatsache, daß ihr Vater zu Hause ständig rechtsextremes Gedankengut von sich gibt. Rainer Vogel ist nach Angaben örtlicher Antifas in Hirschhorn als Nazi bekannt, obwohl er sich in der Öffentlichkeit zurückhält. In den 70ern und frühen 80ern konnte man ihm beim Kleben von **NPD** und **Liste D**-Plakaten und Aufklebern sehen. Anfang der 70er war er auf Veranstalterseite bei einer NPD-Versammlung in Hirschhorn. Ehemalige Klassenkameraden, die noch losen Kontakt zu ihm haben, erzählen von Treffen in Weinheim. Sein Sohn **Erik Vogel** hat 1993 und davor das Nazi-Skin-Heft **Kraft durch Froide** an seiner Schule (Gymnasium Eberbach) verteilt. Einiges spricht dafür, daß er dieses Heft auch selbst erstellt hat. Außerdem klebte er im hessischen Landtagswahlkampf 1995 Plakate für eine NPD-Veranstaltung mit **Günter Deckert**. Am Tag des geplanten (aber ausgefallenen!) Auftritts wurde Erik Vogel mit Günter Deckert am Bahnhof Hirschhorn gesehen. Sie sind auch zusammen weggefahren, Erik diente dem NPD-Vorsitzenden wohl als ortskundiger Führer.

Rechte Aktion zum 8. Mai

JF 19.5.1995 - In der Nacht zum 8. Mai '95 wurde ein Kriegererehnenmal in Karlsruhe beschädigt. Von dem 5 Meter hohen Obelisk wurde der obere Teil mit einem Seil heruntergeholt bzw. abgebrochen und anschließend mit brauner Farbe beschmiert. Auf der Außenwand einer nahegelegenen Kirche war auf 15 Metern Breite zu lesen: „1919 - 1939 - 1995: Ohne Armee kein Krieg. 8. Mai gegen deutschen Nationalismus“.

Haft für Nazi

bnr 9/95 - Am 20. April '95 wurde der Neonazi **Marco Grün** (24) vor dem Mannheimer Landgericht wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung u.a. zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Mitbezogen wurde dabei eine Bewährungsstrafe des Landgerichts Bad Kreuznach in Höhe von drei Monaten wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Die 7. Strafkammer des Landesgerichts Mannheims hatte in der ersten Verhandlung 1993 gegen Grün eine Haftstrafe in Höhe von 30 Monaten verhängt. Der Auszubildende Grün gehörte 1988 vorübergehend der **NPD** an, ehe er 1992 bei der neonazistischen **Aktionsfront Nationaler Kameraden (ANK)** aktiv wurde. Außerdem unterhielt Grün Kontakte zur **NSDAP/AO**. Der ehemalige Skinhead Grün ist mehrfach vorbestraft

wegen Körperverletzung, gefährlicher Körperverletzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und anderer Delikte.

REP-Parteitag

JW 12.5., ND 15.5.95 - Am 12. Mai '95 fand im Mannheim der Landesparteitag der baden-württembergischen **Republikaner** statt. Rund 150 Antifas versuchten das ganze zu blockieren. Die Polizei sicherte aber mit einem massiven Aufgebot die ganze Halle. Die Stadt war bereits vor mehreren Gerichtsinstanzen mit dem Versuch gescheitert, den Ort für den Parteitag zu verweigern. In der Entscheidung des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofes wurden die REPs nur verpflichtet, „für alle an oder in der Festhalle während der Dauer und im Zusammenhang mit der Veranstaltung entstehenden Schäden die Haftung zu übernehmen“. In der Begründung hieß es weiter, die Republikaner seien keine verbotene Partei. Zudem seien politische Veranstaltungen weder durch Gemeinderatsbeschluß noch durch die tatsächliche Vergabepaxis der Festhalle bisher ausgeschlossen worden.

Ausstellung gestoppt

JW, SZ 18.5.1995 - Vertreter von **CDU, FDP** und den **Republikanern** haben im Stuttgarter Landtagspräsidium verhindert, daß das Parlament eine Ausstellung über die Beteiligung der deutschen Wehrmacht an NS-Verbrechen zeigt. Ein entsprechender Antrag der Fraktion von **Bündnis 90/Grüne**, wurde bei einer Abstimmung im Präsidium am 16. Mai '95 abgelehnt. Nach Ansicht der CDU würden so nicht alle Wehrmachtssoldaten pauschal als Verbrecher dargestellt. Und nach Ansichten des Fraktionsvorsitzenden der Republikaner, **Rolf Schlierer**, bliebe dem Parlament so eine widerliche Hetzausstellung erspart. Die Ausstellung wird nun vom September bis Oktober '95 Stuttgarter Haus des DGB gezeigt.



Untere Allee 3
66424 HOMBURG
Tel. 06841 / 120 489
Fax 06841 / 120 593

Hardcore, Punk, Politik

Probeheft zum Preis von 5 DM
inklusive Porto

Das Erscheinen der
Was geht ab?
muß gesichert werden! Am
besten mit einem Abo:
35 DM
für zehn Nummern
oder sogar
50 DM
für ein Förder-Abo!

Rassistische Belästigung

Bad.Z. 15.4.1995 - Am 13. Mai '95 wurde in Freiburg ein Farbiger von zwei Rassistin in einer Straßenbahn übelst rassistisch beleidigt und belästigt. Die beiden jungen Männer waren etwa 25 Jahre alt und 1,80 Meter groß und trugen auffallend graue, knielange Mäntel und dazu Springerstiefel. Sie verließen die Straßenbahn im Bereich des Maßplatzes und zogen vermutlich in Richtung Innenstadt weiter. Die Polizei konnte sie nicht fassen.

Bayern

Nazi festgenommen

JW 16.5.95 - Ein 18jähriger Schreinerhelfer aus Hauzenberg ist am 15. Mai '95 in Niederbayern von der Passauer Polizei festgenommen worden. Grund dafür ist ein Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim, den er bereits zugab. Er hatte am 29. April 1995 gegen 23 Uhr einen Molotow-Cocktail gegen ein Fenster des Heimes in Hauzenberg geschleudert. Dieser durchschlug die Scheibe des Doppelfensters, verletzte aber zum Glück keinen. Als Motiv gab er „Aggressionen gegen Ausländer“ an. Die Polizei schließt einen rechtsextremistischen Hintergrund nicht aus, nachdem sei bei einer Hausdurchsuchung dementsprechende Gegenstände (z.B. eine Reichskriegsflagge) fand. Der Hafttrichter erließ nun Haftbefehl wegen des versuchten Mordes in 51 Fällen.

NPD-Kundgebung

Taz 8.5.95 - Mindestens 20 Nazis wurden auf NPD-Veranstaltungen in München festgenommen. Sie hatten während einer Gegendemonstration zu den Gedenkfeiern um den 8. Mai Hitlergrüße gezeigt. Bei Auseinandersetzungen zwischen anwesenden Antifas und Rechtsextremen wurde mindestens eine Person verletzt.

Mini-Nazi-Demo

bnr 10/95 - Am 30. April '95 fand in Augsburg eine Kundgebung für die Freilassung des in Dänemark inhaftierten us-amerikanischen Neonazi Gary Rex Lauck (42) statt. Geworben da-

für wurde unter anderem von Michael Petri (22) über das **Nationale Infotelefon** Hamburg. Dänemark will Lauck, Chef der **NSDAP/AO**, an die BRD ausliefern. Lauck war am 16. März 1995 im Haus von Jonny Hansen, Kopf der **Danmarks National Sosjalistik Bevaegelse (DNSB)**, verhaftet worden. Laucks Rechtsanwalt will den Auslieferungsbeschuß des Justizministeriums anfechten, da Lauck in der BRD härter als in Dänemark bestraft werden würde.

Junge Union und 8.Mai

JF 28.5.95 - Wie wenig Berührungsängste die **Junge Union (JU)** ins rechte bis rechtsextreme Lager hat, hat die JU ja nun oft genug bewiesen. Kaum verwunderlich, daß die **CDU** - Jugendorganisation auch zum 8. Mai dementsprechende Positionen einnehmen mußte. So gründete die Junge Union München, auf Initiative ihres Kreisvorsitzenden Joachim Haedcke, eine **Initiativgruppe 8.Mai**. Diese schreibt in einer Presseerklärung, daß sich die deutsche Politik 50 Jahre nach Kriegsende nicht bevormunden lassen dürfe. Wörtlich heißt es auch: „Wir wehren uns gegen den Versuch, Demokraten als Radikale zu verunglimpfen, nur weil sie die geschichtliche Wahrheit aussprechen“. Außerdem verkünden sie, daß am 8.Mai nicht nur der NS-Opfer, sondern auch der Opfer der Vertreibung gedacht werden soll. Damit setzen auch sie Täter und Opfer gleich. Außerdem wollten sich eine große Menge JU'ler an dem geplanten (aber ausgefallenem!) Spektakel der „Neuen Rechten“ um Alfred Dregger am 7. Mai in der Philharmonie beteiligen. Aber ihre stolz angekündigten Transparente, Flugblätter und Infostände waren wohl umsonst organisiert.

Gegen Nazis

JW 22.5.95 - Am 20. Mai '95 feierten 25 rechtsextreme Jugendliche ein Grillfest im Landkreis Dachau. Gegen Abend besuchte eine gut ausgerüstete Gruppe von ca. 60 ausländischen Jugendlichen dieses Fest. Dabei wurden vier Menschen verletzt und vier Jugendliche anschließend von der Polizei festgenommen.

Selbstverbrennung

SZ 28.4., NE 5/95 - Am 26. April '95 zündete sich in München der 75jährige Rentner und Chemieingenieur Reinhold Elstner auf der Plattform der Feldherrenhalle (hier versuchte Hitler 1923 gewaltsam die Macht an sich zu reißen) selbst an. Reinhold Elstner (Freund und Leser der Nazizeitung **Nation + Europa**, so sie selbst) hatte ein vierseitiges Schreiben an das „Deutsche Volk in aller Welt“ mit rechtsradikalem Inhalt aufgesetzt und an verschiedene Zeitungen verschickt. Elstner kämpfte schon mit 19 Jahren in der Wehrmacht und konnte wohl nie verkraften, daß die Wehrmacht besiegt und Deutschland vom Faschismus befreit wurde. So schreibt er: „50 Jahre unendlicher Verleumdung

und Verteufelung eines ganzen Volkes sind genug. 50 Jahre ungeheuerlicher Beleidigung deutscher Soldaten sind genug.“ Er wollte seinen Selbstmord als „Fanal“ begriffen sehen.

Spendendieb

Focus 8.5.95 - Der **CSU**-Fraktionschef im Münchner Stadtrat und erste Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins **Stille Hilfe für Südtirol e.V.**, Gerhard Bletschacher, hat seit 1986 insgesamt 4,8 Millionen Mark Spendengelder für seine Firma „Bletschachers Kartonagenfabrik Eduart Müller“ abgezweigt. Bletschacher meint er habe nach 32 Jahren „Frontarbeit“ ein moralisches Anrecht auf das Darlehen gehabt und ist überzeugt: „Mein Opfer war größer als mein Vorteil“. Bis 1991 bekam der Verein, der „bedürftige Bergbauernfamilien“ in Südtirol unterstützt, jährlich 10.000 Mark aus dem Münchener Stadtsäckel.

Kurze Festnahme

bnr 8/95 - Der Verleger der schweizerischen Nazi-postille **Eidgenoss, Max Wahl** (72) wurde jüngst in München verhaftet. Der Schweizer Wahl ist in der Bundesrepublik rechtskräftig wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt worden. Er wurde aber, nachdem er eine Restschuld von 20.000 Mark für eine frühere Geldstrafe bezahlt und seine neue einjährige Gefängnisstrafe (wegen Volksverhetzung) ausdrücklich anerkannt hat, wieder auf freien Fuß gesetzt.

NIT aus

bnr 8/95 - Das **Nationale Infotelefon Schwaben (NIT)** ist nicht mehr auf Sendung. Im März '95 wurde die Nummer aus Königsbrunn öffentlich gemacht, bereits wenige Tage später war wieder Schluß. „Kein Anschluß unter dieser Nummer“ wird dem Interessenten beschieden.

Südafrika-Seminar

bnr 10/95, NE 5/95 - 80 Zuhörer fanden sich beim 19. Südafrika-Seminar des 1976 gegründeten **Hilfsskomitees Südliches Afrika (HSA)** ein. Dieses fand dieses Jahr am ersten Aprilwochenende in Gunzenhausen (nicht wie sonst immer in Coburg) statt. Grund dafür war eine geplante Besichtigung des Kolonialmuseums, die dann aber aufgrund eines Todesfalls ausfiel. Das Vortragsprogramm gestalteten Olaf Dillmann, HSA-Vorsitzender, Karl Spieß aus Coburg, stellvertretender HSA-Vorsitzender, Karl Mauder, Mitglied des **Witiko-Bundes**, Karl Richter, Redakteur von **Nation + Europa**, Otto Scrinzi, einst Vorsitzender der **FPÖ**, Volker Heyer und Martin Schönteich.

Berlin

Antifaschist verurteilt

JW 28.4.95 - Am Donnerstag den 27. April '95 wurde zwei Antifas aus der **AIM**, der **Antifaschistische Initiative Moabit**, zu je 500 DM Strafe durch das Amtsgericht Moabit verurteilt. Beide waren am 8. Dezember 1994 wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ und „Beleidigung von Polizeibeamten“ zu 30 bzw. 20 Tagessätzen á 30 DM verurteilt worden. Der Skandal begann am 16. April 1994 bei einer Wahlkampfveranstaltung der **Republikaner** in Tiergarten. Dabei kam es zwischen den Antifas und den Republikanern zu einem heftigen Wortgefecht, bis der stadtbekannte Neonazi **Frank Seifert** (siehe WGA #4) die Polizei zu Hilfe rief und eine Anzeige wegen Beleidigung stellte. Man hatte ihn „Arschloch“ geheißen. Daß Seifert die Antifas mit „Heil Hitler, du Jude“ begrüßt hatte, ging im Eifer der Polizei unter. Bei der Berufungsverhandlung am 27. April '95, mit Polizisten im Zeugenstand die sich an kaum was erinnern konnten, erschien Seifert erst gar nicht. Deshalb erhielt er ein Ordnungsbescheid in Höhe von 500 DM. Nun will die Staatsanwaltschaft prüfen, ob von Amts wegen zu ermitteln sei, da dessen Hitlergruß erneut bezeugt wurde.

Nazi-Skins verurteilt

BeZe 27.4.95 - Wegen Mordes in Tateinheit mit sexueller Nötigung, gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung hat das Berliner Landgericht am 26. April '95 vier Nazi-Skins verurteilt. Der 22jährige **Matthias F.** aus Reinickendorf wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Gegen die drei weiteren **Mirko D.** (19) aus Lichtenberg, **Oliver O.** (19) aus Steglitz und **Dirk G.** aus Lichtenrade verhängten die Richter Jugendstrafen bis zu zehn Jahren. Die Angeklagten hatten die Mutter von zwei Kindern im Juli vergangenen Jahres stundenlang in einer Wohnung gefoltert und mißbraucht (siehe WGA #6).

Nazitreff am 1. Mai

JW 3.5.95 - Eine Versammlung der Naziorganisation **Die Nationalen e.V.** am 1. Mai wurde von der Berliner Polizei aufgelöst. Zwischen 30 und 40 Neonazis, unter ihnen mindestens fünf **FAP**-Mitglieder, trafen sich auf dem Vorplatz des S-Bahnhofes Wuhlheide, nachdem schon im Vorfeld eine Veranstaltung der Nationalen in Alt-Marzahn verboten worden war. Die Polizei nahm die Personalien auf und ermittelt nun wegen des „Verstoßes gegen das Versammlungsverbot“.

Vier Jahre für Totschläger

BeZe 6.5.95 - Das Landgericht Berlin hat am Freitag den 5. Mai '95 im Prozeß um den polnischen Arbeiter, der am 26. Juli '94 von deutschen Jugendlichen in die Spree getrieben worden war und ertrank, den Hauptangeklagten zu vier Jahren Haft verurteilt. Die vier weiteren Angeklagten erhielten Jugendstrafen von einem Jahr bis zu zwei Jahren und neun Monaten, teilweise auf Bewährung.

Priem verurteilt - und wieder frei...

Presse 15.-24.5.95 - Seit Dienstag den 16. Mai '95 mußte sich **Arnulf Winfried Priem** vor der 2. Staatsschutzkammer des Berliner Landgerichts verantworten. Dem 47jährigen Nazikader wurden 15 Straftaten angelastet, darunter in 16 Fällen das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, die Bildung eines „bewaffneten Haufens“, die Anstiftung zu Straftaten, Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz sowie die Verunglimpfung des Staates. Zum Verhängnis wurde Priem ein Treffen mit 26 Neonazis in seiner Wohnung in der Osloer Str. 15. Dort hatte er sich am 13. August 1994 verschanzt, um sich vor einer Antifa-Demo zu schützen. Nachdem ein Geschöß vom Dach des Hauses einen Kameramann des Westdeutschen Rundfunks verletzte, stürmte die Polizei seine Wohnung. Es war **Oliver Werner**, der den Kameramann beschoß, er erhielt für diese Tat ein Haftbefehl mit Verschonung (später erhielt er einen richtigen Haftbefehl, da bei ihm zuhause Bombenteile gefunden wurden). Mit von der Partie war auch **Andreas Lück**. Alle drei sind **Anti-Antifa**-Aktivisten. Bei der Wohnungsdurchsuchung fand sich ein ganzes Waffenarsenal: Vier Luftdruckgewehre, sieben Schreckschußpistolen (teilweise scharf gemacht), unzählige Schlag- und Stichwaffen, Munition u.ä. in einem Ofen waren 220 Gramm Sprengstoff versteckt. Statt Gardinen fand die Polizei Hakenkreuzfahnen; selbst intime Gebrauchsgegenstände wie Unterhosen, Bettwäsche oder Geschirr sind mit Nazisymbolen versehen. Priem bestätigte weitgehend die Vorwürfe. Am zweiten Prozeßtag am 17. Mai wurden von den zunächst 57 in der Anklage benannten Zeugen nur vier Polizisten befragt. Am 23. Mai wurde Priem dann zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Da die Herkunft des Sprengstoffes nicht geklärt werden konnte, wurde er nur wegen der „Bildung des bewaffneten Haufens“, den Nazisymbolen und wegen Verunglimpfung des Staates verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte vier Jahre Haft gefordert. Priem war ehemals Berliner Landesvorsitzende der Naziartei **Deutsche Alternative**,

Anführer der Nazigruppe **Wotans Volk** und Gründer der **Kampfgruppe Priem**. Vor Gericht sagte er aus, er wolle nun Geflügelzüchter werden, da er so schwach sei. Nur eine Woche nach dem Urteil wurde Priem vorläufig, wie es heißt „bis zum Haftantritt“, aus der Haft entlassen.

Wer ist Marion Ludwig

Flugi, JW 18.5.95 - Nach Ermittlungen einiger Antifas ist es einer (Ex)-Kaderfrau der verbotenen **Nationalistischen Front (NF)** gelungen, sich über mehrere Monate in linken und antifaschistischen Zusammenhängen in Kreuzberg zu bewegen. Es geht um **Marion Ludwig** geb. Kausch, diese trat zusammen mit ihrer Zwillingsschwester **Susanne Kausch** Mitte der achtziger Jahre der NF bei, wo sie schnell Karriere machte. Nach eigenen Angaben hat sie an verschiedenen Lehrgängen im damaligen NF-Hauptquartier in Bielefeld teilgenommen und später selbst Lehrgänge abgehalten. Darüber hinaus habe sie eine militärische Ausbildung in Wehrsportlagern erhalten und sei dafür, wie sie angibt, mit dem „Braunhemd“ ausgezeichnet worden. Sie behauptet, Waffenlager der NF zu kennen, auch Adressen von wichtigen Nazikadern sind ihr bekannt, diese gibt sie aber nicht preis, da dies



Verrat wäre. Marion Ludwig behauptet zwar, sie sei 1988 aus der NF „herausgeflogen“, sie wurde aber noch 1992 in organisationsinternen Dokumenten als Kader und Parteimitglied geführt. Dies bestreitet sie. Bis Januar 1995 wohnte sie als Lebensgefährtin von **Andreas Pohl** mit diesem in Berlin zusammen. Auch Pohl ist weiterhin in führenden Positionen politisch aktiv, auch wenn Marion Ludwig und Pohl behaupten, nichts mehr mit Politik am Hut zu haben. Pohl war von 1978 - 1981 in der linken Szene in Kreuzberg und Wedding. Danach wechselte er zu NF, dort stieg er zum zweiten Vorsitzenden auf. Nach dem Verbot 1992 spaltete sich

die NF und gründete eine neue Organisation. 1994 wurden angeblich alle offiziellen Organisationsstrukturen aufgelöst und die Mitglieder in eine „autonom nationale Zellenstruktur“ entlassen. Zur Zeit betreibt der Flügel um Pohl einige Versände, gibt die kostenlose Zeitung **Angriff** heraus, und vertickt in Potsdam Propagandamaterial der Gruppe **P.O.H.L.** Marion Ludwig kam über ihre Schwester in die Kreuzberger Szene. Mitte Januar 1995 zog sie zu ihrer Schwester und deren Freund in eine Wohnung. Während der ganzen Zeit traf sie sich regelmäßig mit Pohl. Auch Susanne Kausch war nach eigenen Angaben und der ihrer Schwester bis 1988 Mitglied der NF. Sie hatte damals eine Beziehung mit dem ersten Vorsitzenden **Meinolf Schönborn**. Ihre Aussteigerstory ist erstmal nicht zu widerlegen. Es ist nicht das erste Mal, daß Nazifrauen versuchen, mit Aussteiger-geschichten an Antifas ranzukommen. In Aschaffenburg versuchte sich **Inger Preßmar**, Funktionärin in der **Deutschen Frauenfront (DFF)**, in Antifa-Strukturen einzuschleichen, flog aber auf und stieß danach wieder zu den Faschisten.

Friedhof zerstört

BeZe, Taz 8.5.95 - In der Nacht zum 13. Mai '95 wurden auf dem Friedhof an der Treptower Kieffholzstraße 103 Grabsteine umgestoßen. Vorwiegend von Gräbern von Opfern des Nazi-Regimes. Nach Angaben der Polizei ist noch ungeklärt, ob es sich bei der Verwüstung um eine politisch motivierte Tat handle. Anscheinend ist es bis zum Staatsschutz noch nicht durchgedrungen, daß die Zerstörung von Antifaschistengräbern zum normalen Vorgehen rechtsradikaler Gruppen gehört.

Vietnamese angeschossen

BK 6.5.95 - Am Freitag den 5. Mai '95 begann um 7.30 Uhr ein 40jähriger Vietnameser im Eingangsbereich des Berliner U-Bahnhofs Samariterstraße mit dem Verkauf unverzollter Zigaretten. Zur selben Zeit kontrollierten eine BVG-Angestellte und ein Polizist die Fahrgäste ebenfalls im Eingangsbereich. Als der Vietnameser den Polizisten sah, lief er davon. Er weiß, wenn er beim Verkaufen von unverzollten Zigaretten erwischt wird, droht ihm die Abschiebung. Der Polizist setzte ihm nach und hielt ihn nach wenigen Metern an der Jacke fest. Beim Handgemeine wird ein Schuß aus der Dienstwaffe des Polizisten abgefeuert, ein 9-Millimeter-Projektil bohrt sich durch den Oberkörper des Vietnamesen, zerfetzt sein Bauchfell und durchschlägt dann den linken Arm. Ein BVG-Sprecher: „Pures Glück, daß im morgentlichen Berufsverkehr keine weiteren Fahrgäste verletzt wurden“. Der Vietnameser mußte sofort operiert werden und ist außer Lebensgefahr. Laut Berli-

ner Kurier wollte der Vietnameser dem Polizisten die Dienstwaffe stehlen. Dieser griff auch nach der Pistole - dabei löste sich der Schuß. Polizeipräsident **Hagen Saberschinsky**: „Eine klassische Notwehrsituation. Man kann doch dem Beamten nicht das Recht absprechen, sich zu verteidigen“. Am späten Abend versammelten sich ca. 70 meist Jugendliche am U-Bahnhof und protestierten gegen diesen Übergriff. Schaufenster wurden eingeschlagen, Polizisten angegriffen und Barrikaden errichtet. Es entstand hoher Sachschaden.

Exil-Ausstellung beschmiert

BeZe 6.5.95 - Die Emigranten-Ausstellung des **Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin** ist von Unbekannten erheblich beschädigt worden. Auf mehrere Schautafeln, darunter auch das zentrale „Denk-Zeichen“ auf dem die Namen von über 3.500 Berliner Emigranten abgebildet waren, wurde mit roter Farbe „Alles Lüge“ gesprüht. Die Leitung der Ausstellung, die auf dem Freigelände des Anhalter Bahnhofs untergebracht ist, äußerte sich „betroffen und wütend“ über die Schmierereien.

Polizisten angeklagt

JW 20.4.95 - Gegen neun Angehörige eines inzwischen aufgelösten Polizeizuges der 5. Direktionshundertschaft der Berliner Polizei in Kreuzberg ist jetzt Anklage erhoben worden. Den Angeklagten werden in insgesamt sieben Fällen unter anderem Beleidigung, Strafvereitelung im Amt, Körperverletzung im Amt, sowie Verstöße gegen das Waffengesetz zur Last gelegt, teilte Justizsprecher Frank Thiel am 19. April '95 mit. Drei der Beamten sollen in einem Einsatz gegen Zigarettenhändler einen Rumän mißhandelt haben.

Kandidatur der "Nationalen"

BBZ #16 - In Pankow fand laut der rechtsradikalen „Berlin-Brandenburger Zeitung“ ein Treffen der **Nationalen** und einiger „Gäste“ wie der **Kameradschaft Treptow**, statt. Es wurde beschlossen, daß sich die Nationalen e.V. mehr als Bewegung, denn als eine Organisation verstehen müßten und daß der Aufbau neuer Gruppen künftig wieder im Vordergrund stehen müsse. Nach dem Rechenschaftsbericht wurde der neue Stadtvorstand gewählt. Bei den im Herbst stattfindenden Wahlen zu den Bezirksparlamenten und der Wahl des Berliner Abgeordnetenhaus werden die Nationalen mit einer „Offenen Liste“ antreten, welche alle kleineren Nazi-parteien zusammenfassen soll. Mit den **Republikanern** wird wahrscheinlich kein gemeinsamer Antritt erfolgen.

FDP ohne Reps

BeZe 18.5.95 - Mit **Hans-Ulrich Pieper** nahm die **FDP**, Bezirksverband Wilmersdorf, ohne es zu wissen ein ehemaliges Mitglied der **Republikaner** auf. Pieper war bei den Republikanern Kandidat für einen Stadtratposten. Beim Ausfüllen der Beitrittserklärung zur FDP gab er seine frühere Partei nicht an, nun droht ihm ein Aus-schlußverfahren.

Erklärung der JRE

WGA - In unserer März-Ausgabe berichteten wir von einem JRE-Funktionär, der in den letzten Monate immer mehr in Verdacht geriet, Informationen aus der JRE an Neonazis weiterzugeben. Dazu lagen uns u.a. Berichte verschiedener Gruppen und Zeitungen vor, die wir (als Dokumentationszeitung) sinngemäß dokumentierten. Darauf hat die JRE in Köln uns eine Erklärung geschickt, die wir hier abdrucken. Nach unseren Informationen sind die wesentlichen Aussagen des Artikels richtig, trotzdem geben wir der JRE hier Gelegenheit, selber dazu Stellung zu beziehen:

„In der „Was geht ab?“ erschien ein Artikel unter dem Titel „Nazi-Spitzel bei der JRE“, darin werden mehrere Unwahrheiten behauptet. 1. Es wird behauptet, daß Dirk Aschoff als Informant der Neonazis bezeichnet werden muß. Dies ist falsch. Dirk Aschoff ist weder selber Neo-Nazi, noch ein Informant der Neonazis, sondern Antifaschist. Es gibt keinerlei Beweise oder stichhaltige Indizien für diesen Vorwurf. 2. Es wird behauptet, daß JRE „offenbar“ erfolgreich von Nazis unterwandert wurde. Das ist falsch. Richtig ist, daß sowohl Staatsschutz als auch Faschisten versuchen antifaschistische Gruppen inclusive JRE zu unterwandern. Für eine erfolgreiche Unterwanderung der Berliner JRE durch Faschisten gibt es keine Anzeichen. 3. Es wird behauptet, JRE äußere sich nicht zu den Vorwürfen. Dies ist falsch. Weder die VerfasserInnen/HerausgeberInnen des Artikels noch sonstwer haben vor Erscheinen des Artikels konkrete Vorwürfe in Richtung JRE formuliert. Es gab also keinen Bedarf für eine öffentliche Äußerung. 4. Es wird behauptet, im Berliner JRE-Büro seien mehrere Anmeldelisten in den Papierkorb gewandert und das Büro sei nicht abschließbar gewesen. Das ist falsch. Richtig ist, daß einmal eine ausgedruckte Liste in den Papierkorb wanderte, von da an wurden alle Listen nach Gebrauch verbrannt. Richtig ist auch, daß das Büro abschließbar war. 5. Es wird behauptet, „Kader“ der sozialistischen Gruppe Voran stünden hinter JRE. Dies ist falsch. Richtig ist, daß die Initiative zur Gründung von JRE 1992 von Voran und ihren europäischen Schwesterorganisationen ausging. JRE ist eine demokratische und offene Jugendorganisation, in der Voran nicht mehr Rechte als andere Gruppierungen oder Einzelpersonen hat. 6. Es wird

behauptet, auf unserem Sommercamp lagen Adreßlisten offen und für jedermann zugänglich aus. Das ist falsch. Richtig ist, daß die Adreßlisten in kodierte Computern gespeichert waren und sie nur in abschließbaren bzw. ständig besetzten Büros aufbewahrt wurden. 7. Es wird behauptet, Dirk Aschoff habe sich plötzlich ein Mountain-Bike im Wert von 1.300,- DM gekauft. Das ist falsch. Richtig ist, daß das Fahrrad mehrere Jahre alt war und damals 600,- DM kostete. 8. Es wird behauptet Dirk Aschoff sei seit Mitte Oktober spurlos verschwunden. Das ist falsch. Richtig ist, daß Dirk Aschoff bei der Bundeswehr ist und außerhalb Berlins stationiert ist. 9. Es wird behauptet, niemand wisse, wo er wohnt, noch wo seine Eltern zu finden seien. Das ist falsch. Richtig ist, daß der Aufenthalt von Dirk bekannt ist und auch die Adresse seiner Eltern der Berliner JRE bekannt ist. 10. Es wird behauptet, es stünde fest, daß Nazis über Adressen des JRE-Sommercamps verfügen. Das ist falsch. Richtig ist, daß es keine Anzeichen dafür gibt. Angegriffen wurden nur Mitglieder autonomer Gruppen. Keines der anderen JRE-Mitglieder, über deren Adressen die Nazis dann ja auch verfügen müßten, wurde von Faschisten bedroht.“

Offener Brief an JRE

Baobab 5.5.95 - Wir bitten Sie, den folgenden offenen Brief des **Baobab Infoladen e.V.** an die **JRE** zu veröffentlichen: Liebe Leute, wir sind sauer auf euch. Während der Abschlußkundgebung eurer Demonstration gegen den Laden **Ha-Ra-Kiri**, der faschistische Propaganda und faschistische Kultur verbreitet, am Samstag, den 22. April '95 wurde von Euch in einem Redebeitrag behauptet, der Brandanschlag im Januar auf den **Eine-Welt-Laden** in der Wichertstraße sei vom Ha-Ra-Kiri ausgegangen. Es gibt keinerlei Beweise oder Indizien dafür, daß die Leute vom Ha-Ra-Kiri oder deren Umfeld etwas mit dem Brandanschlag zu tun haben, dies ist eine haltlose und unbewiesene Behauptung. Wer den Brandanschlag tatsächlich verübt hat, ist bis heute unbekannt. Die Tatsache, daß auch der Eine-Welt-Laden in der Wichertstraße in der von der **Anti-Antifa** herausgegeben Broschüre **Einblick** als potentiellles Angriffsziel aufgelistet ist, legt ebenso wie die Aktivitäten zahlreicher Faschisten im Kiez die Vermutung nahe, daß die Täter dort zu suchen sind. Vermutung und Gewißheit sind aber zweierlei Dinge. Wir möchten Euch deshalb öffentlich auffordern, diese Behauptung, der Brandanschlag sei ein Werk des Ha-Ra-Kiri, nicht mehr zu verbreiten. Anderenfalls besteht nämlich die Gefahr, daß in der Öffentlichkeit und bei vielen Menschen der Eindruck entsteht, wir wären diejenigen, die haltlose und unbewiesene Behauptungen in die Welt gesetzt hätten. Die berechtigten Zweifel an Menschen, die mit derartigen Unterstellungen Politik machen, würden

uns und unserem Projekt schaden. Das kann doch eigentlich auch nicht Euer Interesse sein, oder? Wir haben jedenfalls andere Vorstellungen davon, wie antifaschistische Politik und antifaschistische Solidarität auszusehen haben.

DRK-Präsident drängte in die NSDAP

Taz 6.4.95 - Der Berliner Rotkreuz-Präsident **Hartwig Schlegelberger** bewarb sich insgesamt dreimal um die Mitgliedschaft in der ehemaligen **NSDAP**. Einmal ist sein Ersuchen nicht bei der damaligen Nazi-Partei eingegangen, beim zweiten Versuch hatte die **NSDAP** gerade Mitgliedersperre und als es beim dritten Eintrittswunsch dann zu funktionieren drohte, befand sich Schlegelberger gerade im Wehrdienst. In einem „Vorschlag zur Ernennung vom Gerichts-assessor zum Landgerichtsrat“ vom 28. Juli 1942 taucht ein weiteres Detail auf. In der Personalakte wird angegeben, daß Schlegelberger zunächst Mann der **Sturm-Abteilung (SA)** war,

bevor er 1933 in das **Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK)** eintrat. In einem Fragebogen der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin wird aufgeführt, daß Schlegelberger Mitglied in **NSV** und anderen NS-Verbänden sei. Ende Februar wurde der Berliner DRK-Führung mitgeteilt, daß Schlegelberger nie Mitglied der Nazi-Partei war. Nicht mitgeteilt worden war woran das lag. Daraufhin wurde ihm „einhellig und uneingeschränkt das Vertrauen“ ausgesprochen. Der ehemalige Landesarzt, **Klaus Burkhard**, hat seinen Posten aus Protest gegen Schlegelberger geräumt.

Neue Gedenktafel

ND 3.5.95 - An einem Bürohaus in der Petersburger Str. 49 wurde am 2. Mai '95 eine Gedenktafel „Friedrichshainer Mörderkeller“ angebracht. An der Stelle befand sich das SA-Sturmlokal „Keglerheim“, in dem Friedrichshainer Antifaschisten nach der Reichstagswahl im März 1933 von der SA mißhandelt und ermordet wurden.

Brandenburg

"DIREKTE AKTION MITTELDEUTSCHLAND" VERBOTEN

JW-Info 10.5.95 - Die Landesregierung von Brandenburg hat am 5. Mai '95 mit sofortiger Wirkung die neonazistische Vereinigung **Direkte Aktion Mitteldeutschland / JF** verboten. Diese Organisation richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Grundgesetzes, begründete Innenminister **Alwin Ziel** die Verfügung. Die Vereinigung verherrliche das nationalsozialistische Regime und identifiziere sich mit dem rassistischen, antisemitischen und totalitären Gedankengut. Zumindest verbal habe sie sich zu terroristischen Mitteln bekannt. Die rund 70 Mitglieder zählende Organisation war nach Angaben des Innenministeriums bereits seit Sommer 1992 unter wechselnden Namen in Brandenburg aktiv. Mit diesen Namensänderungen und scheinbaren Auflösungen habe sie versucht, Polizei und Öffentlichkeit zu täuschen. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes hatte die Gruppe ihre Aktivitäten jedoch konspirativ fortgesetzt. Dazu gehörten Sonnenwendfeiern und andere Veranstaltungen zur „Pflege deutschen Brauchtums“. Zuletzt hatte die Organisation Ende April dieses Jahres eine politische Schulungsveranstaltung in Körzin organisiert, die von der Polizei aufgelöst wurde. Die Organisation hatte ihren Schwerpunkt in Brandenburg, jedoch auch einzelne Mitglieder in Berlin und anderen Bundesländern. Die „Di-

rekte Aktion Mitteldeutschland“ ging ursprünglich aus der **Nationalistischen Front (NF)** hervor. Von dieser Gruppe hatte sich im Sommer '92 ein Flügel unter Leitung des stellvertretenden NF-Bundesvorsitzenden **Andreas Pohl** gelöst, wie es im 94er VS-Bericht heißt. Die Organisation versuchte in der Vergangenheit mit einfachen Tarnmanövern ihre politische Herkunft zu verwischen und ihre Aktivitäten zu verschleiern. So agierten frühere NF-Mitglieder zunächst unter der Bezeichnung **Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA)** und **Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ)**.

Haftstrafen für Mord

BeZe 20.5.95 - Hohe Jugendstrafen verhängte am 19. Mai '95 das Landgericht Neuruppin gegen die vier Angeklagten im Prozeß um den Mord an **Gunter Marks** in Velten (siehe WGA #5). Die Vorsitzende Richterin ging teilweise weit über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß hinaus. Der Haupttäter **Maik Linke** (19 Jahre alt) wurde wegen Mordes zur im Jugendstrafrecht möglichen Höchststrafe von zehn Jahren verurteilt. **Maik Kastner** (20) und **Uwe Scheel** (19) wurden wegen Raubes mit

Todesfolge und schwerer Körperverletzung zu sechs bzw. viereinhalb Jahren verurteilt. **Thomas Friedrichs** (20) ist von der Haupttat freigesprochen worden. Er sei stark betrunken gewesen und habe nur apathisch im Wagen gesessen, so die RichterIn. Für zwei Straftaten, die er zusammen mit Linke und Scheel begangen hatte - unter anderem ein Überfall auf einen 80jährigen - wurde er zu zweieinhalb Jahren verurteilt.

Rechtes Skin-Konzert aufgelöst

JW, Tsp 8.5.95 - Mit rund 80 Beamten löste am Samstag den 6. Mai '95 die brandenburgische Polizei eine Veranstaltung von 150 Rechtsextremisten auf. Bei der als Geburtstag angemeldeten Feier hatten die Teilnehmer „Sieg Heil“ skandiert und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Es traten außerdem an dieser Veranstaltung in Rädell im Kreis Potsdam-Mittelmark mehrere rechte Skinhead-Bands auf. Die Polizei nahm sieben Personen - darunter den Anmelder der Veranstaltung - fest und richtete Straßenkontrollen ein.

Überfall auf Portugiesen

BeZe 26.4.95 - In der Nacht zum 23. April '95 wurden fünf portugiesische Bauarbeiter in Lübben (Dahme-Spreewald) überfallen und derart zusammengeschlagen worden, daß zwei von ihnen sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Die Angreifer sollen kurze blonde Haare gehabt haben und mit Holzknüppeln um sich geschlagen haben.

Ausschreitungen

BeZe 22.4.95 - In mehreren Orten Brandenburgs kam es in der Nacht zum 20. April '95 zu Zusammenrottungen rechter Jugendlicher. Neben den Rufen faschistischer Parolen kam es zu Ausschreitungen. Von der Polizei wurden mehrere Jugendliche festgenommen. In Finsterwalde (Elbe-Elster) gab es Zusammenstöße von ca. 100 Autonomen, welche sich zu einer Demonstration gegen rechte „Geburtstagsparties“ versammelten, und der Polizei. Hier wurden acht Antifas festgenommen. Sieben Neonazis versuchten am Blankenfeldener Kiessee, einen 34jährigen Mann auszurauben, sie konnten aber festgenommen werden. Dabei zeigten sie den Hitlergruß. In ihren Wohnungen wurde Propagandamaterial gefunden. Außerdem entdeckte die Polizei in der Altheiderstraße Nazisymbole.

Antifademo in Rathenow

JW 8.5.95 - In Rathenow, wo während der Nazi-Zeit sämtliche jüdischen EinwohnerInnen ermordet wurden, demonstrierten am 7. Mai '95 etwa 400 AntifaschistInnen. Ein Beteiligter erklärte, daß man bereits seit vier Jahren zu diesem Datum immer eine Gedenkdemo veranstaltete. „Aktueller Anlaß ist diesmal die Eta-

blierung der rechten Szene in Rathenow, vor allem durch die **Nationalen**“. Schon im Vorfeld machten Lokalpresse und die Polizei aus Oranienburg Stimmung gegen die Demo, Gewalttaten durch die TeilnehmerInnen wurden prophezeit. Entsprechend führten drei Polizeihundertschaften Vorkontrollen durch, augenscheinlich mit Listen des Berliner und Brandenburger Verfassungsschutzes ausgestattet. Drohungen von 200 Faschisten, die sich bei einem Konzert in Rödel vorgenommen hatten, die Demo anzugreifen, bestätigten sich nicht. Die Demonstration endete mit einer Kranzniederlegung vor dem Mahnmahl für die Opfer des Faschismus.

Waffenlager gefunden

BeZe 2.5.95 - Die Polizei hat in Buckow (Märkisch-Oderland) in der Nacht zum 1. Mai '95 ein Waffenlager ausgehoben. Unter anderem wurden eine Sprenggranate, zwei Panzerfaustzylinder und 300 Patronen Infanteriemunition beschlagnahmt. 9 Personen wurde vorläufig festgenommen, sie gaben an, die Waffen aus „Sammelleidenschaft“ gehortet zu haben.

Nazi-Parolen an Gedenkstätte

BeZe 16./22.5.95 - In der Gedenkstätte „Außenlager der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen“ in Falkensee gab es innerhalb einer Woche zweimal Schändungen von Rechtsextremisten. In der Nacht zum 15. Mai '95 sprühten sie auf mehrere Gedenktafeln Hakenkreuze, SS-Runen und antisemitische Parolen. Am 20. Mai '95 wurden erneute Schmierereien entdeckt, diesmal auf mehreren Grabsteinen.

Rechte Räuber gefaßt

MAZ 12.4.95 - Die Kripo Neuruppin ermittelt derzeit gegen drei rechte Jugendliche, die an mehreren Schulen SchülerInnen terrorisiert und ausgeraubt haben. Gegen die 15 bis 17 Jahren alten Täter wird aber nicht nur wegen räuberischer Erpressung ermittelt, sondern auch wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole.

Kneipe angezündet

WGA, RA 16.4.95 - In der Nacht zum 14. April '95 brannte in Neuruppin das Bistro **Onkel Fritz** völlig ab. Diese Kneipe war früher Treffpunkt von Neonazis, u.a. mit Veranstaltungen mit **FAP**-Kadern von auswärts. Örtliche Antifas vermuten, daß das Lokal nach einem Streit mit dem Besitzer von den Nazis selbst angezündet wurde.

Gräber verwüstet

Presse 8.5.95 - Auf einem Friedhof in Rathenow wurden Grabsteine umgeworfen, beschädigt und Gräber teilweise verwüstet. Dabei handelt es sich um Gräber von alten AntifaschistInnen. Die Polizei steht „vor einem Rätsel“, was die Täter betrifft...

Versorgungslinie NORD

Dänemark ist seit jeher einer der bevorzugten Stützpunkte im internationalen Nazi-Netzwerk gewesen. Dafür war nicht nur seine Lage zwischen Deutschland und den "nordischen" Ländern verantwortlich, sondern auch die besondere Liberalität des dänischen Staates. Diese Broschüre will anhand der deutsch-dänischen Nazi-Verbindungen exemplarisch die Bedeutung dieser Art von Nazi-Aktivitäten aufzeigen sowie Ansatzpunkte für die Fortsetzung der antifaschistischen Mobilisierung liefern. Sie setzt eine erfolgreiche Zusammenarbeit antifaschistischer Gruppen fort, die bei den Aktionen in Kollund und Kværs entstanden ist und vertieft wurde. Das Heft wird von den antifaschistischen Zeitungen Demos Nyhedbrev (Kopenhagen) und Atze (Kiel) herausgegeben.

Bestellungen an:

Atze, Schwefelstr. 6,
24118 Kiel

Preis 7 DM + 3 DM Porto

Prozeß gegen Skinheads

BeZe 25.4.95 - Vor dem Potsdamer Landgericht müssen sich seit dem 23. April '95 zwölf Mitglieder einer Skinheadbande wegen schwerem Landfriedensbruch verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, im Oktober 1993 mehrere Gaststätten mit Baseballschlägern und Eisenstangen angegriffen, verwüstet und geplündert zu haben. Dabei sollen sie zum Teil Gäste schwer verletzt haben.

Erinnerung an Todesmärsche

BM 22.4.95 - Am Freitag den 21. April '95 fand in Herzsprung ein Erinnerungsmarsch an die sogenannten Todesmärsche von 1945 statt. Mehrere Lehrer und Angehörige christlicher und jüdischer Bildungseinrichtungen aus Hessen gingen zwei Tage lang die Strecke bis zum Belower Wald und befragten Bürger nach Erinnerungen und Meinungen. Das gesammelte Material soll im Museum des Todesmarsches bei Below ausgewertet werden.

Bremen

Flüchtlingsdemo in Bremen

JW, BM 21.4.95 - Rund 200 Asylbewerber haben am Donnerstag vor der Bremer Bürgerschaft gegen ihre Lebensbedingungen auf dem Wohnschiff „Embrica Marcel“ demonstriert. Die insgesamt 370 auf dem Schiff untergebrachten Flüchtlinge aus Afrika, Asien und Europa befinden sich seit dem 18. April '95 in einem unbefristeten Hungerstreik, um gegen die Lebensbedingungen an Bord zu protestieren. Sie verlangen u.a. besseres Essen und eine hygienische Kontrolle der Verpflegung, uneingeschränkte Besuchserlaubnis sowie eine Einstellung der Zimmerkontrollen durch Personal, den Kapitän oder die Polizei. Der Referatsleiter für Ausländerfragen beim Bremer Senat erklärte, sein Ressort unterstütze die Forderungen der Flüchtlinge.

Hamburg

Protest gegen Abschiebehaft

FR 21.4.95 - Der Hamburger Flüchtlingsrat hat sich bei der Leitung des Abschiebegefängnisses Glasmoor bei Hamburg über Schikanen gegenüber den Flüchtlingen beschwert. Sie werfen der Leitung vor, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die dort einsitzenden Flüchtlinge Kontakt nach draußen haben. Den Behörden gehe es nur darum, schnell und ungestört abzuschicken. So erhielten die meisten Mitglieder einer Besuchergruppe des Flüchtlingsrats inzwischen Besuchsverbot. Die Anstaltsleitung begründet das Verbot mit der Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen und dem Hinweis, die Besucher hätten Gefangene aufgestachelt. Weiterhin wird beklagt, daß neuerdings immer ein Schließer an den Gesprächen mit Flüchtlingen teilnimmt und protokolliert. Dadurch werden die Flüchtlinge eingeschüchtert und persönliche Gespräche unmöglich, wie sie zum Beispiel für eine Prüfung der Rechtslage nötig wären. Außerdem wird von der Initiative gegen die Haftbedingungen protestiert, die immer wieder gegen die Vorschriften verstoßen.

Rassistische Angriffe

Mopo HH 3.4.95 - Die türkische Lehrerin Müserev C. ist am 1. April '95 in der S-Bahn-Linie 3 von sechs Männern zusammengeschlagen worden. Nachdem die Rassisten in den Waggon gebrüllt haben „Wer ist hier Ausländer?“ wurde die 40jährige angegriffen und erheblich verletzt. Minutenlang schlugen die Täter auf die Frau ein. Eine blonde Frau - etwa 35 Jahre alt - hielt das

Opfer an den Haaren fest, während die Männer immer wieder zuschlugen. Dann wurde der Kopf mehrmals an die Waggontür geschlagen. Die Türkin hatte keine Chance zur Gegenwehr. Die Polizei gab bekannt, daß zahlreiche Passagiere den brutalen Überfall beobachtet haben, doch abgesehen von einer einzigen Frau half niemand. Diese war dazwischengegangen und redete auf die Schläger ein. Die Täter im Alter von 20-24 Jahren flüchteten an der Station Elbgaustraße. Müserev C. kam mit Verletzungen am Kopf, Armen und Beinen ins Krankenhaus. Zu einem weiteren Überfall gegen Ausländer kam es weniger Stunden später: Drei Jugendliche (Skinheads) überfielen einen Iraker in der Von-Sauer-Straße in Bahrenfeld. Die Skinheads riefen „Scheiß Ausländer“, schlugen den Mann und traten auch noch auf ihn ein, als er schon am Boden lag. Der 27jährige erlitt vermutlich einen Schädelbasisbruch und schwebt in Lebensgefahr. Die Polizei schließt nicht aus, daß es sich bei beiden Angriffen um dieselben Täter handelt.

Kronzeuge im Polizeiskandal

BeZe, Tsp 22.4.95 - Zum ersten Mal kam es zu einer Aussage im Hamburger Polizeiskandal (siehe auch WGA #5, 6). Der Polizist **Uwe Chrobok** hat vor einem Untersuchungsausschuß Mißhandlungen von Afrikanern bestätigt. Er berichtete vom Besprühen mit Tränengas sowie vorgetäuschten Schlägen gegen den Kopf von Schwarzen durch Polizisten der Wache 11 im Hamburger St. Georg-Viertel. Außerdem bestätigte er ein Gespräch von 1992, in dem sich Polizisten mit einer Scheinhinrichtung eines Afrikaners brüsteten. Neben diesen Fällen habe es unter den Polizisten ein aggressives, rassistisches Grundverhalten gegeben. Der Polizeiskandal hatte bereits zum Rücktritt des Innenministers und des Landespolizeidirektors geführt.

Nicht vergessen:
Redaktionsschluß für die
nächste Ausgabe:
15. August!

Straßen nach NS-Opfern benannt

FR 21.4.95 - Zum Gedenken an die Ermordung von 20 jüdischen Kindern durch die Nationalsozialisten vor 50 Jahren wurden in Hamburg Straßen nach den Opfern benannt. In einem Neubaugebiet im Norden der Stadt tragen 13 Wege die Namen der Fünf- bis Zwölfjährigen, die im April 1945 im Keller einer Schule am Bullenhuser Damm aufgehängt wurden. Auch die übrigen Kinder sollen noch mit der Benennung von Straßen und öffentlichen Einrichtungen geehrt werden. Die Nazis wollten mit der Tötung der Kinder die Spuren medizinischer Tuberkulose-Experimente verbergen.

Hessen

Thorsten Heise nicht verurteilt

JW 4.6.95 - Der niedersächsische und sachsen-anhaltische **FAP**-Landesvorsitzende **Thorsten Heise** muß sich nicht als Organisator des Aufmarsches von rund 500 Faschisten anlässlich des sechsten Todestages von **Rudolf Heß** am 14. August '93 in Fulda vor Gericht verantworten. Ihm kann nach Angaben der Staatsanwaltschaft keine strafbare Beteiligung an der Leitung der Veranstaltung nachgewiesen werden, obwohl er selbst öffentlich eingeräumt hatte, für die Organisation größtenteils selbst verantwortlich gewesen zu sein.

Mecklenburg- Vorpommern

Naziüberfall in Stolpe

WGA - Am 29. April '95 wurden in Stolpe auf Usedom ca. dreißig linke Jugendliche, welche gerade im Schloß Stolpe wohnten, von auch ungefähr dreißig Nazis überfallen. Als gegen 22.00 Uhr einige der Nazis auf einem Auto einen selbstgebastelten „Knaller“ explodieren ließen, ging der Besitzer des Hauses zu dem Treffpunkt der Nazis (eine Bushaltestelle), um mit den Leuten zu reden - er bekam mit einem Knüppel was auf den Kopf. Zu diesem Zeitpunkt wurde das erste Mal die Polizei alarmiert. Zehn Minuten später zog die ganze Nazi-Truppe zum Schloß und schlug alle Fenster auf der Vorderseite des Hauses ein, die Fenster weiter oben wurden mit Steinen eingeschmissen. Danach zogen sie wieder ab. Das lag daran, daß sie merkten, daß eine Polizeieinsatztruppe (mit zwei Polizisten) am Ortseingang auftauchten. Da diese dann dort stehenblieben, kamen die Faschos nach 10-15 Minuten wieder und drückten die Tür ein. Drei oder vier Nazis drangen in das Haus ein und schmissen alles um, was sich bewegen ließ. Ein großes Stück brennendes Holz wurde aus dem Kamin genommen und auf die Treppe geworfen. Die Nazis brüllten Parolen wie: „Juden raus“, „Asylanten raus - verpißt Euch“, „Zecken raus aus dem Schloß“...! Die Leute aus dem Schloß zogen sich in die oberen Etagen zurück. Ein Mädchen wurde durch einen Steinwurf am Kopf verletzt. Gleichzeitig kamen einige Nazis durch eine Seitentür in die Küche, auch dort wurde alles zertrümmert. Beim Herausreißen des Waschbeckens entstand eine Überschwemmung. Auch ein Molotowcocktail flog ins Schloß, dieser zündete allerdings nicht. Die Nazis rückten wieder ab. Zu diesem Zeitpunkt war schon fast eine Stunde vergangen,

Erneuter Mordversuch an einem Antifaschisten!

mindestens fünfmal wurde die Polizei alarmiert, bis auch das Telefon zerstört wurde. Irgendwann kam ein freiwilliger Feuerwehrmann aus dem Dorf auf einem Fahrrad und fragte ob es denn brennen würde. Als dieses verneint wurde, fuhr er wieder weg. Trotzdem kamen nach ca. 20 Minuten mehrere Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr. Da es nirgends brannte, taten sie nichts. Erst nach mehr als 1 1/2 Stunden kam die Polizei. Begründung für die Verspätung: „*Mußten erst Leute aus Anklam, Wolgast und Usedom zusammenholen.*“ Auch ein Saniwagen ist gekommen, welcher die Platz- und Schnittwunden vorläufig behandelte. Nur drei Nazis konnten gefaßt werden, diese wurden bei einer Gegenüberstellung im Schloß von verschiedenen Leuten identifiziert, sind aber noch frei. Insgesamt entsteht ein Sachschaden von ca. 56.000 DM.

Vier Jahre Haft für NPD-Funktionär

Presse 25.4.95 - Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, **Heinrich Förster**, ist wegen eines Anschlags auf ein Asylbewerberheim im Sommer 1992 zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Die Anklage gegen den 68jährigen lautete auf versuchten Mord, versuchte schwere Brandstiftung und versuchten schweren Landfriedensbruch. Das Gericht sah ihn als einen maßgeblichen Drahtzieher des Überfalls auf das Heim in Bahlen an der Elbe, das rund 30 Jugendliche mit Molotow-Cocktails, Schlagwerkzeugen und Schreckschußwaffen angegriffen hatten. Auch wenn er sich nicht direkt an dem Angriff beteiligte, hat Förster die Tötung von Menschen billigend in Kauf genommen, als er aus ausländerfeindlichen Motiven die Vorbereitungen für den Überfall vorangetrieben und für das Gelingen der Aktion materielle, theoretische, personelle und rechtliche Unterstützung gegeben bzw. zugesichert habe. Da durch die Polizei die begonnene Erstürmung und Brandschatzung gestoppt werden konnte, war das schlimmste verhindert worden. In einem anderen Verfahren war bereits der von Förster als Ost-Parteifunktionär aufgebaute NPD-Chef des Kreises Hagenow, **Rüdiger Klasen**, als ein weiterer Hauptverantwortlicher für den Angriff zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auch er war nicht unmittelbar an der Tat beteiligt.

Angriff auf Ausländer

JW 26.4.95 - In Schwerin griffen in der Nacht zum 25. April zwei junge Männer einen 24jährigen Franzosen an, nachdem sie ihn beleidigt und den Hitlergruß gezeigt hatten. Bis zum Eintreffen der Polizei konnte der Franzose den Angriffen widerstehen. In Greifswald brüllten Jugendliche im Alter zwischen 13 und 17 Jahren zur selben Zeit ausländerfeindliche Parolen und zeigten den Hitler-Gruß. Sie wurden kurzzeitig von der Polizei festgenommen.

Antifa-AG Uelzen - Am 30. Mai '95 wurde der Antifaschist Olaf in Uelzen von vier Nazis überfallen. Dieser Überfall ist ein erneuter Mordversuch, in einer Reihe von Überfällen auf ihn - seit 1989 (!). Erst am 19. April '95 versuchten zwei rechtsorientierte Jugendliche ihn zu erstechen (siehe WGA #6). Am 30. Mai '95 wurde Olaf in der Uelzener Innenstadt von vier Nazis überfallen. Von hinten stürzten sie auf ihn, versuchten ihn festzuhalten, besprühten ihn mit CS-Reizgas und stachen mehrmals auf ihn ein. Bei dieser Auseinandersetzung wurde er an der Brust und am Arm verletzt. Den vier Nazis gelang es nicht ihn festzuhalten und zu Boden zu werfen. Olaf mußte dann im Krankenhaus behandelt werden. In der Nähe des Tatortes hielten sich noch ca. 15 weitere Nazis auf, die wahrscheinlich aus dem Nachbarlandkreis Lüchow/Dannenberg kamen. Autos mit Kennzeichen von dort wurden gesehen. Im Krankenhaus kam es dann zu einer heftigen verbalen Auseinandersetzung zwischen Olaf und zwei Polizisten. Diese beiden zeigten deutlich ihr Desinteresse an dem Überfall und ihre Abneigung gegenüber Olaf, der ihnen als Antifaschist bekannt ist. Kurz konnte Olaf den Tatablauf schildern. Danach zeigten die Polizisten mehr Interesse an der Pistole von Olaf, die er zum Schutz bei sich trug. Auch war es ihnen wichtiger, was er an Kleidungsstücken trug. Sie schrieben das alles sehr genau auf, anstatt zu fragen, was die Nazis vielleicht trugen. Keine einzige Frage nach den Tätern! Keine Frage nach dem Tatablauf! Olaf wurde behandelt, als ob er einer der Täter wäre. Gegen diese unmenschliche Behandlung protestierte er dann sehr lautstark. Nach einer kurzen, aber sehr heftigen verbalen Auseinandersetzung verließen die Polizeibeamten das Krankenhaus, ohne sich noch weiter um den Überfall zu kümmern. Später kontrollierten sie noch sechs linksorientierte Jugendliche, die sich in der Nähe des Tatorts aufhielten. Auch sie wurden behandelt, als ob sie die Täter wären. Anstatt sich die Mühe zu machen die Nazis zu suchen, kontrollierten sie lieber linke Jugendliche. Für die Polizei steht der Feind links. Deutlich zeigte die Polizei ihre Nähe zu den faschistischen Mörderbanden. Der Mordversuch am 30. Mai an Olaf war nicht der erste Überfall auf ihn. Seit 1989 wurde er immer wieder angegriffen. Diese Angriffe lassen sich bald nicht mehr zählen! Schon im August 1993, März 1994 und April 1995 versuchten Nazis ihn zu erstechen. Daneben gab es immer Angriffe auf ihn, die ebenfalls als Mordversuche zu werten sind, wie z.B. das Lösen der Radmuttern an seinem Auto

oder die mehrmaligen gut geplanten Überfälle vor seiner Haustür. Nur durch sehr viel Glück ist ihm bis heute noch nichts Schlimmeres passiert. Doch dies ist das Ziel der Nazis. Das zeigen die massiven und brutalen Überfälle, mehrere konkrete Mordrohungen und vor allem die Kontinuität der Überfälle. Einige davon müssen langfristig und gut vorbereitet gewesen sein. Ein paarmal waren die Faschisten mit Funkgeräten und Videokameras ausgerüstet. Das Haus seiner Eltern wurde mehrmals mit faschistischen Parolen und Zeichen beschmiert und Fenster eingeworfen. Regelmäßig klebten Aufkleber div. faschistischer Organisationen am Haus und am Telefon wurden er und seine Eltern beleidigt und bedroht. Daneben wurde auch des öfteren das Auto beschädigt und aufgebrochen. 1993 setzte eine richtige Welle von Übergriffen ein. Immer wieder erschienen auswärtige Nazis in Uelzen. Sie verfolgten und beobachteten Olaf und es kam vermehrt zu Übergriffen. Nazis aus Uelzen veranstalteten regelmäßig „Straßenführungen“ für auswärtige Nazis in der Straße von seinem Elternhaus. Aufgrund des faschistischen Terrors wechselt Olaf immer wieder die Wohnungen. Aber sobald den Nazis die neuen Adressen bekannt werden, beginnt dort der Terror. Wie im Sommer 1994, als Olaf erst einen Drohbrief von Nazis erhielt und einige Tage später Nazis aus Hannover die Umgebung seiner damaligen Wohnung filmten. Dies taten sie auch schon 1992 und 1993 bei seinem Elternhaus und bei zwei anderen vermeintlichen Wohnungen von ihm. Einige Freundinnen und Freunde von Olaf rufen nun zu einer antifaschistischen Demonstration in Uelzen auf. Die Demo findet statt am 10. Juni 1995 um 10.30 Uhr in Uelzen am Hammersteinplatz/Ratswiese.

Anklage gegen Antifas

EinSatz - Gegen 17 Göttinger AntifaschistInnen, die von der Generalstaatsanwaltschaft (GSA) in Celle der **Autonomen Antifa M** zugerechnet werden, ist jetzt Anklage erhoben worden. Aus der rund 250 Seiten umfassenden Schrift geht hervor, daß alle siebzehn wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129) sowie wegen „Werbens für eine terroristische Vereinigung“ (§ 129a Abs. 3) angeklagt sind. Gemeint ist damit die RAF, da die Antifa M ein Plakat mit dem gesprengten Knast in Weiterstadt vertrieben habe. Gleichzeitig mußten die Ermittler des

Landeskriminalamts (LKA) allerdings auch zu geben, daß über eine tatsächliche Zusammenarbeit zwischen der AA/M und der RAF nichts vorliegt. Was in der Öffentlichkeit als Unterstützung der RAF dargestellt wird, ist selbst nach Angaben des Oberlandesgerichts Celle nichts weiter als eine Pressestrafsache, die spätestens sechs Monate nach der Anklageerhebung verjährt ist. Im wesentlichen wird der Antifa M vorgeworfen, bei 24 antifaschistischen Demonstrationen gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Dabei soll sie unangemeldete Demos mit einem „Schwarzen Block“ organisiert haben, zur Vermummung aufgerufen und sich bewaffnet haben. Als Nötigung wird ihr ausgelegt, daß sie eine Veranstaltung der neurechten **Panuropa-Jugend** verhindert habe. Die Gruppe soll mit dem Ziel, das „System gewaltsam zu kippen“, seit Anfang 1990 als „kriminelle Vereinigung“ agiert haben. Das LKA vermeidet es, in dem Schlußbericht auf die Arbeit der Antifa M vollständig einzugehen. Denn um die Gruppe nach dem § 129a verurteilen zu können, müßte das Begehen von Straftaten ein übergeordnetes Ziel sein. Im Widerspruch dazu steht die Bandbreite der Politik der betroffenen Gruppe mit Veranstaltungen, Bündnissen und Ausstellungen. Der **Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V.** wird als der Gruppe gleichgeschaltet bezeichnet. Damit sollen dessen Aktivitäten, wie z.B. Fahrten zu ehemaligen Konzentrationslagern, Lesungen, Veranstaltungen und antifaschistische Kulturfeste ebenfalls kriminalisiert werden. Auch der Buchladen „Rote Straße“ sowie das Göttinger **Bündnis 90/Grüne** waren in den „Anfangsverdacht“ geraten, eine „kriminelle Vereinigung“ strafbar zu unterstützen. Aus dem Schlußbericht des LKA ist zu entnehmen, daß spätestens seit Herbst 1991 vermeintliche Mitglieder der Antifa M bis zu 24 Stunden täglich observiert wurden. Es wurden allein im Zeitraum Oktober '93 bis August '94 offiziell, also richterlich genehmigt, 13.929 Telefonate abgehört, protokolliert und ausgewertet! Es wurden „Bewegungsprotokolle“ angefertigt, teilweise wurde jeder Schritt und Tritt der Verfolgten beobachtet. Rundschreiben der Gruppe wurden auf Fingerabdrücke untersucht, aufwendige Stimmvergleiche und Schriftgutachten fertigten die ErmittlerInnen an und selbst Untersuchungen von Plakaten gaben sie in Auftrag. Mittlerweile könnte der Eindruck entstehen, daß Generalstaatsanwalt **Manfred Endler** und Oberstaatsanwalt **Pfleiderer** jeglichen Bezug zur Realität verloren haben. Gleichzeitig gab es eine breite regionale Unterstützung der Antifas von bürgerlicher Seite: Innenminister **Gerhard Glogowski** zeigte sich über die Ermittlungen „alles andere als erfreut“. Justizministerin **Heidi Alm-Merck** setzte nach, sie sei ebenfalls „darüber nicht sehr glücklich“. Auch der SPD-Oberbürgermeister von Göttingen, **Rainer Kallmann**, übte deutliche Kritik an den Aktivitäten der Generalstaatsanwaltschaft.

Zur Unterstützung der Angeklagten ist ein Konto eingerichtet worden: „Solikonto für die Antifa M“, Stichwort „Solidarität“, Kto.-Nr. 150 497 006, Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01.

Niedersachsen will gegen REPs vorgehen

FR 21.4.95 - Die niedersächsische Landesregierung erwägt Maßnahmen gegen Beamte, die Mitglieder bei den **Republikanern** sind, da die Partei im Verfassungsschutzbericht als rechts-extremistisch eingestuft wurde. Bislang galten die REP's als rechtsradikal. „Wir werden sehr sorgfältig prüfen müssen, ob gegen diese Staatsbediensteten disziplinarische Maßnahmen eingeleitet werden sollen. Mit der Einstufung als rechtsextrem ist eine aktive Gegnerschaft zur Verfassung verbunden“, sagte **Glogowski**, der SPD-Innenminister Niedersachsens. Insgesamt habe der niedersächsische Landesverband der REPs rund 700 Mitglieder.

Nordrhein-Westfalen

Solingen: Ein spätes Geständnis

JW, BM 21.4./3.5.95 - Der Hauptangeklagte im Solingen-Prozeß **Christian Rieha** hat einem Psychologen gestanden, den Brandanschlag alleine begangen zu haben. Er ließ dem Oberlandesgericht Düsseldorf erklären, die Mitangeklagten **Felix K.**, **Christian B.** und **Markus Gartmann** hätten nichts mit der Tat zu tun. In der Nacht zum Pfingstsonntag 1993 will R. das Feuer mit zwei Zeitungen im Windfang des Fachwerkhäuses der Familie Genç gelegt haben. Dabei habe er nicht die Absicht gehabt, die im Haus schlafenden Menschen zu töten, erklärte der in Heimen aufgewachsene Angeklagte über seinen Anwalt. Vielmehr habe er die Bewohner nur aus dem Haus locken wollen, um sie dann zu beschimpfen. Dann sei er allerdings wieder in die elterliche Wohnung zurückgegangen und habe sich schlafen gelegt. Rieha hatte bisher vor Gericht zu der Tat geschwiegen oder widersprüchliche Geständnisse abgelegt.

Rechte Gewalt in Essen und Köln

FR 27.4.95 - In Essen und Köln ist es erneut zu ausländerfeindlichen Übergriffen gekommen. Am 26. April '95 stach in Köln ein offensichtlich betrunkenen 41-jähriger Mann mit einem Messer auf einen 19 Jahre alten Türken ein, der noch in der Nacht operiert werden mußte. Unbekannte, die dem Opfer zur Hilfe kamen, schlugen den Angreifer nieder. In Essen überfielen zwei Skinheads bereits in der Nacht zum 24. April '95, einen 26 Jahre alten Türken, den sie mit Messern und Schlagstöcken angriffen und niederschlugen. Sie raubten ihm 285 Mark.

Polizei und REPs

JW 27.4.95 - Der polizeiliche Staatsschutz in Bochum legte den REPs Fotomappen von Antifas vor. Am Jubiläum der deutschen Einheit versuchten die REPs in der Gaststätte „Stielpler Bauernstuben“, eine Veranstaltung durchzuführen. Die Gaststätte wurde aber kurzerhand besetzt. **Wilfried Maehler**, welcher sich um den Raum bemüht hatte, behauptete, an der Besetzung beteiligten Personen, die sich durch Gewaltdrohungen



Jüdischer Friedhof geschändet

BZ 15.5.95 - Auf dem jüdischen Friedhof in Göttingen haben Unbekannte elf Grabsteine umgestoßen. Der Sachschaden beträgt rund 55.000 DM. Die Polizei vermutet die Täter in rechtsextremen Kreisen.

hervorgetan hätten, auf vorzulegenden Fotos wiedererkennen zu können. Ihm wurden 140 Fotos von nach polizeilichen Angaben „linksextremistischen Straftätern“ vorgelegt, auf denen er aber niemanden wiedererkannte. Als nächstes gewährte man **Wolf-Dieter Varney**, Bochums stellvertretenden REP-Chef, den Einblick. Auf Grund seiner Denunziation erhielt die Grüne **Katharina Schubert-Loy** einen Strafbefehl. Die Geldstrafe von 600 DM wurde zurückgenommen.

Fahrgäste schützten Ausländer vor Nazis

SZ 26.4.95 - Mit gutem Beispiel sind S-Bahn-Fahrgäste in Essen vorangegangen und haben zwei Ausländer vor pöbelnden Nazis geschützt. Eine von Skinheads angeführte Gruppe hatte einen Iraner und seinen Begleiter zunächst auf dem Bahnsteig und später im Abteil beschimpft, bedrängt, mit Fäusten geschlagen und mit Stiefeln getreten. Erst als sich mehrere deutsche Fahrgäste einmischten, ließen sie von den jungen Ausländern ab und suchten das Weite.

REP-Funktionär bedroht Schüler

AN 9/95 - In der Nacht vom 26. zum 27. April '95 bewachte der **REP**-Direktkandidat für die Landtagswahlen **Andreas Hartnack** zusammen mit zwei „Kameraden“ in Eschweiler (Kreis Aachen) ihre Plakate, die immer wieder von AntifaschistInnen gepflückt worden waren. Sie besichtigten so bereits die dritte Nacht die Trümmer ihrer Plakatträger. Als ein Mensch die Straße entlangging, den sie aufgrund seines Aussehens antifaschistischer Einstellung verdächtigten, beschlossen sie, ihm das unterzuschieben. Sie verfolgten ihn ein kurzes Stück mit dem Auto und bedrohten ihn aus dem Auto heraus mit einer Schußwaffe. Dabei gaben sie vor, Zivil-Cops zu sein. Über Mobiltelefon riefen sie die Polizei, behaupteten sie ihr gegenüber, beobachtet zu haben, wie ihr Opfer ein Plakat zerstört habe und stellten Strafantrag. Peinlich nur, daß selbst die Polizisten auf ihrer Streife gesehen hatten, daß das Plakat bereits zwei Stunden vorher zerstört war.

Aktionen gegen Abschiebeknäste

JW 9.5.95 - Fast 2.000 Menschen beteiligten sich am 7. Mai '95 in Büren an einer von über 40 Flüchtlingsgruppen, Organisationen und Parteien unterstützten Demonstration gegen den dortigen Abschiebeknast. Gerade in Anbetracht des 8. Mai sei es notwendig, gegen rassistische Gesetze, Abschiebehaft und Abschiebung zu protestieren, sagte eine Rednerin auf der Abschlußkundgebung in der Innenstadt. Der Knast in Büren stehe exemplarisch für die „penible staatliche Umsetzung des deutschen Rassis-

mus“. Auch am 8. Mai gingen die Proteste gegen Abschiebung weiter. So sollten für 24 Stunden die Abschiebeknäste in Neuss und Gütersloh blockiert werden.

Asylbewerber leisteten Widerstand

JF 16/95 - Eine Meuterei in der westfälischen Abschiebeanstalt Büren ist nach sieben Stunden durch ein Sondereinsatzkommando beendet worden. Die Polizei stürmte in der Nacht zum 16. Mai '95 das Gebäude, nachdem die Häftlinge Feuer in einer Zelle gelegt und brennende Matratzen aus dem Fenster geworfen hatten. Bei den insgesamt 42 an dem Aufstand beteiligten in Abschiebehaft sich befindenden Flüchtlingen handelte es sich hauptsächlich um Nordafrikaner. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten warf der SPD-geführten Landesregierung vor, mit Personaleinsparungen in der Justizvollzugsanstalt Menschenleben zu gefährden. Am Samstag waren gegen 20 Uhr zwei Sicherungskräfte von sechs Häftlingen überwältigt und der Zellschlüssel beraubt worden.

Festnahmen bei Stadtrundgang

JW, ND 15.5.95 - Der Aufruf zu einem antifaschistischen Stadtrundgang in Wuppertal, zu welchem im Rahmen der Veranstaltung zum 8. Mai mehrere antifaschistische Initiativen aufgerufen hatten, wurde von der Polizei brutal aufgelöst. Dem Aufruf, der sich gegen die Abschiebepaxis der deutschen Behörden wandte, folgten rund 100 Antifas und Autonome. Ohne Grund hatten die Einsatzkräfte die TeilnehmerInnen von Anfang an provoziert und später ohne jegliche Vorwarnung eingekesselt. Den rund 40 Festgenommenen wird Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung vorgeworfen. Sie wurden zum Teil mißhandelt, die Benachrichtigung von Verwandten und Anwälten verwehrt. Acht Minderjährige wurden in der Nacht, die anderen erst am folgenden Tag freilassen.

Wieder mal ein „Aussteiger“

JW 15.5.95 - Der landjährige Nazi-Funktionär **Norbert Weidner**, der einer der führenden Leute der **FAP** ist, gab Mitte Mai seinen „Ausstieg“ aus der Naziszene bekannt. Damit reiht er sich ein in die Riege derjenigen faschistischen Kader, die heute alle so tun, als ob sie geläutert seien und nichts mehr mit den Nazis zu tun haben wollen. Doch Weidners Motive liegen offen auf der Hand: Er steht vor Gericht und es erwartet ihn eine längere Haftstrafe. Wenn er dies vermeiden will, liegt eine öffentliche Ausstiegserklärung nahe. Auf die Frage, was er denn heute über Rassenideologie denke, antwortet er wie auswendig gelernt. Mit der militanten Politik habe er nichts mehr zu tun, waggonweise

ausländische Menschen abzuschieben, das fände er nicht mehr akzeptabel. Doch damit ist die Läuterung auch schon zuende. Bisher weigert sich Weidner, die Strukturen und verdeckten Aktivisten der Naziszene offenzulegen. Doch wenn einer der wichtigsten Köpfe der Naziszene, der Terrorlisten wie die **Anti-Antifa**-Brochure **Einblick** mitverfaßt hat, behauptet, er sei ein Aussteiger, dann muß er dies auch gefälligst glaubhaft machen. Und dies geht nur durch nachprüfbare Offenlegung seines Wissens über die Terrorstrukturen der Neonazis, damit deren Politik des Terrors gestoppt werden kann. Wer dies nicht tut, zeigt zu offen, daß seine wahren Beweggründe eben rein egoistischer Natur sind und nicht die „Läuterung“.

Kriegerdenkmal verhüllt

AN 10/95 - Die **Antifa Witten** hat am 8. Mai '95 ein Kriegerdenkmal, das an den deutsch-französischen Krieg erinnert verhüllt, um es in ein Denkmal für Deserteure umzuweihen. Kurz darauf kam es zu einem größeren Polizeieinsatz. Die AntifaschistInnen wurden mit einem Platzverbot belegt und mit Hilfe der Feuerwehr wurde die Siegesgöttin auf dem ca. 7 Meter hohen Sockel wieder enthüllt. Auf einer anschließenden Spontankundgebung in der Fußgängerzone wurde die Öffentlichkeit informiert. Ein Sprecher der Antifa Witten bilanzierte: „Anlässlich der polizeilichen Zurückhaltung bei faschistischen Gewalttaten verurteilen wir einen derartigen Polizeieinsatz gegen eine friedliche antifaschistische Protestaktion auf das Schärfste.“

Rheinland- Pfalz

REP-Vorstand

bnr 3/95 - Auf dem jüngsten Landesparteitag der **Republikaner** in Koblenz wurde **Gerhard Meyer**, Trier, zum neuen REP-Landesvorsitzenden gewählt. Zu seinen vier Stellvertretern gehören die Ingenieurin **Berning**, der Kaufmann **Lavin**, der Diplom-Kaufmann **Kurt Ekkehard Goldmann**, Altenglar, und der Diplom-Ingenieur **Werner Wegmann**, Fraktionsvorsitzender der REP-Stadtratsfraktion in Ludwigshafen. Landes-schatzmeister bleibt der pensionierte Diplom-Ingenieur (FH) **Wolf Scheuerbrandt**, Stadtrat aus Ludwigshafen. Der Landesparteitag der Republikaner fand in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden **Dr. Rolf Schlierer** statt. Nach Angaben des Landesgeschäftsführers **Heinz Bassermann**, Worms, hat der REP-Landesverband in Rheinland-Pfalz rund 700 Mitglieder.

Schüler-Union zu Junge Freiheit

JF 16/95 - Die **Schüler-Union Nordbaden** hat sich in einer Presseerklärung mit der **Jungen Freiheit** solidarisch erklärt. Sie richteten sich gegen Antifas, die auf Nazizeitungen verkaufende Kioskbesitzer massiven Druck ausüben. Sie nannten den Anschlag auf die Unionsdruckerei in Weimar „den Höhepunkt des Terrors“. Diese Anschläge stellten nach Ansicht der Schüler-Union zugleich einen Angriff auf das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die verfassungsrechtlich garantierte Pressefreiheit dar. In der Presseerklärung wird „die strafrechtliche Verfolgung der Attentäter sowie strengste Anwendung des Gesetzes“ gefordert. Politiker demokratischer Parteien sollten sich gegen die Anschläge aussprechen.

Abschiebestopp für „Altfälle“

JW 11.5.95 - Als zweites Land nach Hessen hat Rheinland-Pfalz einen Abschiebestopp für Asylsuchende erlassen, die unter die sogenannte Altfallregelung fallen. Er gilt für Familien, die sich seit mindestens fünf und für Alleinstehende, die sich seit mindestens acht Jahren in Deutschland aufhalten und erwerbstätig sind. Der rheinland-pfälzische Innenminister **Walter Zuber (SPD)** begründete den Abschiebestopp mit der Zustimmung des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf für eine Altfallregelung.

Saarland

Verkehrsunfall

WGA - Nach Angaben einiger saarländischer AntifaschistInnen soll der Neonazi **Oliver Neumüller** aus St. Ingbert im März '95 einen schweren Autounfall gehabt haben. Dieser ereignete sich in Belgien auf der Rückfahrt von Konzertbesuchen in England. Zwei von Neumüllers Kameraden sollen dabei ums Leben gekommen sein, Neumüller selbst schwere Verbrennungen erlitten haben. Mittlerweile ist er wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden. Oliver Neumüller war bis 1992 Kreisvorsitzender der **Jungen Nationaldemokraten (JN)** Saar-Pfalz und bezeichnete sich damals selber als Führer der Naziskins aus St. Ingbert und Umgebung. Er organisierte Ende 1991 das **Screwdriver**-Konzert in Hassel, zu dem 500 Skinheads kamen. Am 12. Oktober '91, als eine Demonstration anlässlich des faschistischen Mordes an Samuel Yeboah in Saarlouis stattfand, wurde die Nazi-Kneipe „Spinnrädchen“ in St. Ingbert von einem Antifa-Kommando angegriffen (die Kneipe existiert heute nicht mehr). Neumüller denunzierte nach dem Angriff einige Antifas aus Kaisers-

lautern, von denen er zu einem anderen Zeitpunkt die Autonummer aufgeschrieben hatte, als Täter. Diese waren auch auf der Demo in Saarlouis und wurden auf dem Rückweg von der Polizei angehalten. Es kam zum Prozeß, der zu einem großen Teil auf den Aussagen von Neumüller aufbaute, bisher ist der Prozeß noch nicht abgeschlossen. Bis zum deren Verbot im Februar dieses Jahres war Neumüller in der **FAP** organisiert. Vor einigen Monaten wurden er und ein paar Kameraden in der Nähe des Autonomen Jugendzentrums Homburg von der Polizei angehalten. Die Faschisten waren gerade mit Baseballkeulen und anderen Waffen auf dem Weg zum AJZ, um dort Leute anzugreifen. Die Polizei beschlagnahmte die Waffen und nahm die Personalien der Nazis auf.

**JETZT IST SOMMERPAUSE, ABER NACH DEN FERIEN GEHT'S WEITER
DESHALB:**

**FÜR DIE SEPTEMBER-AUSGABE IST DER
REDAKTIONSSCHLUSS**

AM 15. AUGUST '95!

Sachsen

Anschlag auf Aussiedlerheim

JW 11.5.15 - Nach einem versuchten Brandanschlag auf ein Aussiedlerheim im sächsischen Laubusch bei Hoyerswerda wurden vier 15-18jährige Personen vorläufig festgenommen. Die vier Tatverdächtigen werden beschuldigt, am 8. Mai '95 mehrere Molotowcocktails auf eine Baracke geworfen zu haben, in denen sich deutschstämmige Aussiedler aus Weißrußland befanden. Keiner der Bewohner sei verletzt worden. Wenige Stunden später wurden die mutmaßlichen Täter festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Bautzen beantragte Haftbefehl.

Überfall in Wurzen

ND, Taz, Welt 3.5.1995 - Am 2. Mai '95 hat in Wurzen haben zwölf Rechtsradikale drei italienische Arbeiter überfallen und mißhandelt. Die drei wurden auf dem Weg zu ihrer Unterkunft so mit Baseballschlägern und Tritten traktiert, daß einer von ihnen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Eine Sondereinheit der Polizei konnte von dem Dutzend Nazis fünf Tatverdächtige im Alter zwischen 16 und 19 Jahren ermitteln. Bei einer Hausdurchsuchung fand man Neonazi-Material. Von diesen fünf Nazis, gegen die wegen Landfriedensbruchs ermittelt wird, sitzt bis jetzt erst einer in Untersuchungshaft.

Sachsen- Anhalt

Naziüberfälle in Quedlinburg

Flugi, JW 16.5.95 - Am 13. Mai '95 wurde in Quedlinburg durch angereiste Faschisten zum wiederholten Male das alternative Kultur- und Jugendzentrum Reichenstraße 1 angegriffen. Zuvor hatten sich etwa 70 Faschisten beim Schützenfest auf dem Festplatz am Kleers, versammelt. Der Nazikader **Steffen Hupka** ist Mitglied beim Quedlinburger Schützenverein. Ge-

gen 22 Uhr griffen sie Jugendliche aus der Reichenstraße teilweise mit Baseballkeulen an, die ebenfalls zum Fest wollten. Drei von ihnen mußten ins Krankenhaus. Beteiligt am Überfall waren nach Angaben örtlicher Antifas die Faschisten **Lars Engelmann, Oliver Gröpper, Ronny Dalchau, David Seidlitz, Jan Freund, Göbel** und als Rädelführer **Christian Mohr**. In den frühen Morgenstunden des 14. Mai '95 wurde dann das Jugendzentrum selbst angegriffen und alle Scheiben des dort befindlichen Jugendcafés eingeworfen. Bereits eine Woche zuvor, in der Nacht vom 8. Mai, wurden fünf Antifas von 15 Nazis angegriffen als sie Plakate der **Jungen Nationaldemokraten** abrisen. Am 10. Mai '95 wurde ein Quedlinburger Bürger auf dem Carl-Ritter-Platz von Lars Engelmann zusammengeschlagen.

Anti-Antifa gegen Schöffen

WGA - In Zusammenhang mit der Urteilsverkündung gegen **Günter Deckert (NPD)** durch den Mannheimer Richter **Rainer Orlet**, haben einige Schöffen ihre Zusammenarbeit mit dem Richter verweigert, da er nach kurzer Pause seinen Dienst an der 6. Strafkammer des Landgerichts Mannheim fortsetzen konnte. In einer Mitteilung der **Anti-Antifa Infogruppe Naumburg/Saale** werden die Namen und Adressen zweier Schöffen veröffentlicht, mit der Aufforderung, sich für die Abberufung der Schöffen einzusetzen, da sie nach Angaben der Anti-Antifa in der **DKP** tätig seien.

Nazi-Parolen in Naumburg

MZ 2.5.95 - Mehrere Gebäude in Naumburg sind in den Nächten zum 1. sowie zum 8. Mai '95 mit faschistischen und antisemitischen Parolen besprüht worden. Unter anderem richteten sie die Parolen gegen die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, aber auch gegen einen örtlichen Staatsanwalt. Festnahmen gab es nicht.

Mehr Neonazis in Sachsen-Anhalt

SZ, ND 3.5.95 - Als letztes Bundesland hat jetzt auch Sachsen-Anhalt die **Republikaner** als rechtsextremistisch eingestuft, da sich der Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen bestätigt habe. Bei der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes 1994 wurde außerdem mitgeteilt, daß die meisten Gefahren für die innere Sicherheit von rechtsextremistischen Aktivitäten ausging. Die Zahl der Registrierten sei von rund 100 auf ca. 320 angestiegen. Nach Meinung des Innenministers sind jedoch nur 60 davon als registrierte Mitglieder rechtsextremistischer Parteien anzusehen. Bei den übrigen handelt es sich um Unorganisierte oder Sympathisanten. Insbesondere die **FAP**, die inzwischen verboten ist, konnte durch eine massive Propagandakampagne die Zahl ihrer Mitglieder und Sympathisanten von 60 auf etwa 180 erweitern, so der Präsident des Verfassungsschutzes. Nach dem FAP-Verbot sei abzuwarten, ob sich die Sympathisanten und Mitglieder der FAP jetzt anderen neonazistischen Organisationen zuwenden. Weiterhin werden die neonazistischen Organisationen **Direkte Aktion / Mitteldeutschland** sowie ein **Deutscher Freundeskreis Nordharz** genannt. Dieser gilt als Organisationsform der neonazistischen und rechtsextremistischen Szene. Im DFN haben sich Mitglieder der FAP, der ehemaligen **Jungen Front**, der **Deutschen Liga für Volk und Heimat**, der **Jungen Nationaldemokraten** sowie neonazistische Einzelgänger und unorganisierte Skinheads zusammengetan, um auf lokaler Ebene zusammenzuarbeiten. Als regionaler Schwerpunkt der Neonaziszene gilt die Ostharzregion um die Städte Wernigerode und Quedlinburg. Das größte und gefährlichste Gewaltpotential in Sachsen-Anhalt bilden auch weiterhin militante Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistische Skinheads, zu deren Szene ca. 600 Personen gezählt werden. Zwar hätten sich nach der Verhaftung führender Aktivisten Skinhead-Zusammenhänge aufgelöst, dafür fielen wieder neue Gruppierungen mit überwiegend jungen Leuten auf. Insgesamt wurden 1994 insgesamt 777 rechtsextremistische Straftaten registriert. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Jahr 1993. Der hohe Anstieg wird vom Innenminister auf eine starke Zunahme der Propagandadelikte zurückgeführt, denn die Zahl der Gewalttaten ging von 132 auf

108 Delikte leicht zurück. Jede zweite Gewalttat richtete sich gegen Ausländer und mehr als die Hälfte der Straftaten wurden von Minderjährigen und Heranwachsenden begangen.

Hauptverhandlung gegen Skinheads

ND 3.5.95 - Vor dem Magdeburger Landgericht hat am Dienstag die Hauptverhandlung gegen zwei Skinheads wegen versuchten Mordes an einem Türken begonnen. Sie sollen 1991 mit weiteren Skins vier Türken überfallen und einen lebensgefährlich verletzt haben.

Schleswig-Holstein

Bewährung für NSDAP/AO-Propaganda

SZ 9.5.95 - Ein 38-jähriger arbeitsloser Elektriker aus Kiel ist für das Verbreiten von Propaganda der **NSDAP/AO** vom Flensburger Landgericht zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Außerdem muß er 120 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Dem Mann konnte nachgewiesen werden, daß er in seiner Wohnung Material gelagert und verteilt hatte, das er 1993 von der Neonazi-Organisation **NSDAP/AO** des Amerikaners **Gary Rex Lauck** aus Lincoln in Nebraska zugesandt bekommen hatte. Dem Gericht gelang es jedoch nicht zu beweisen, daß der Mann die Schriften, Aufkleber und Hakenkreuz-Armbinden selbst bestellt hatte. Der 38-jährige gab zu, früher einmal Mitglied der **DVU** gewesen zu sein.

Erneuter Brandanschlag auf Synagoge

Presse 8.5.95 - Einen Tag vor dem 50. Jahrestag der Zerschlagung des NS-Faschismus ist auf das Gelände der Lübecker Synagoge erneut ein Brandanschlag verübt worden. Diesmal brannte ein Anbau völlig aus, außerdem wurde noch in einem Seiteneingang, der zu den Wohnräumen des Geländes führt, Feuer gelegt. Inzwischen ermittelt die Bundesanwaltschaft, sie geht von Brandstiftung aus. Dennoch gibt es noch keine Spur von den Tätern. Es wurde eine Belohnung von 100.000 DM ausgesetzt. Am Abend des Anschlages demonstrierten etwa 1000 Menschen auf dem Lübecker Rathausplatz gegen Rassismus und Intoleranz, aufgerufen dazu hatte das **Lübecker Bündnis gegen Rassismus**. In der selben Nacht hatte die Feuerwehr noch einen weiteren Brand zu löschen: In der Lübecker Altstadt war in einem Wohnhaus in der Hundestraße fast zeitgleich mit der Synagoge ein Feuer ausgebrochen - dort mußten zwölf Bewohner evakuiert werden. Es wird ein Zusammenhang zwischen beiden Brandstiftungen vermutet, da in der Hundestraße einige

SCHICK UNS DEINE INFOS!

WAS GEHT AB? -

HOTLINE:

FAX: 030 /

694 67 95

ADRESSE:

WAS GEHT AB?

POSTFACH 110 331

10833 BERLIN

Mitglieder des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus wohnen, außerdem war ein Mitglied am Telefon drei Wochen zuvor mit den Worten bedroht worden: „Wir brennen bald die ganze Hundestraße ab.“ Ein drittes Feuer war zur selben Zeit in der Phoenix-Halle, einem Sportzentrum, gelegt worden. Erst dreieinhalb Wochen vor dem Anschlag waren vier Männer vom Oberlandesgericht Schleswig wegen des im letzten Jahr verübten Anschlages zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Obwohl die Bundesanwaltschaft auf fünffachen Mord plädierte, befand das Gericht die Angeklagten nur der Beihilfe zur Brandstiftung bzw. der Brandstiftung schuldig. Der dabei verurteilte 22-jährige **Dirk Brusberg** hat Revision beantragt. Er war mit zweieinhalb Jahren Haft bestraft worden.

Urteil gegen Anschlag

JW 13.5.95 - Das Kieler Landgericht verurteilte am 12. Mai '95 einen Skinhead wegen versuchter schwerer Brandstiftung und Sachbeschädigung zu drei Jahren Jugendstrafe. Der 20-jährige hatte im Dezember '94 in Rendsburg einen Molotow-Cocktail in das Kinderzimmer einer Familie aus Sri Lanka geworfen, in dem die Mutter und ihre vier und fünf Jahre alten Söhne schliefen. Nur weil die Frau den Brandsatz sofort mit einer Decke erstickte, wurde niemand verletzt. Der Fall hatte besondere Empörung ausgelöst. Bereits einige Tage vorher war die Familie von einer Gruppe Rassisten terrorisiert worden.

Von DVU zu REP

bnr 8/95 - Helmut Thienmann, der 1992 auf der **DVU**-Liste in das Landesparlament einzog, ist zu den **Republikanern** übergelaufen. Damit besteht die ursprünglich sechsköpfige DVU-Fraktion nur noch aus einer Abgeordneten; weitere vier Abgeordnete haben eine Fraktion der **DL (Deutsche Liga)** gebildet.

Was geht ab? #7

19

Thüringen

Nazi-Schmierereien

Taz 8.5.95 - Unbekannte Rechtsextreme haben am 6. Mai '95 die historische Weimarer Jakobskirche mit Hakenkreuzen beschmiert.

Rechtsextremist erstochen

Taz 8.5., JW 9.5., 15.5.95 - In der Nacht vom 5. zum 6. Mai 1995 zog eine Gruppe rechter Jugendlicher aus Sonneberg in den Kurort Neuhaus zu einer Diskothek, welche hauptsächlich von linken Jugendlichen besucht wurde. Vor dieser Diskothek in Neuhaus gerieten gegen ein Uhr nachts die beiden Gruppen aneinander. Daraufhin flogen Steine und das Auto einer der Rechten wurde durch einen Steinwurf beschädigt. Als

dann der Rechtsextreme **Sandro Weilkes** begann, einen linken Jugendlichen brutal zu verprügeln und offensichtlich zu verletzen, kam der jüngere Bruder des Opfers, ein 15-jähriger Schüler, seinem Bruder zu Hilfe. Er verletzte während der Auseinandersetzung den Rechtsextremen mit einem Messer so schwer, daß der später im Krankenhaus an inneren Blutungen starb. Der 15-jährige sitzt nun in Untersuchungshaft und hat mittlerweile gestanden. Seit dem sinnen die Rechtsextremisten auf Rache. Sie bedrohen linke Jugendliche („Dafür fließt Blut“) und ziehen in großen Gruppen durch die Stadt. In Sonneberg selbst sind Antifas und Nazis zahlenmäßig ausgeglichen, doch wenn die Nazis in der Umgebung zu mobilisieren beginnen, wird es schwierig für die örtlichen Linken.

Am 6. Mai '95 versuchten dann Rechtsradikale (zum Teil bewaffnet) auf dem Marktplatz in Neuhausen eine unangemeldete Demonstration durchzuführen. Die Polizei nahm 71 von ihnen fest, weil sie trotz Demonstrationsverbot mar-

schieren wollten. Sechs Rädelsführer wurden in Präventivgewahrsam genommen und 13 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Am 20. Mai '95 gelang es dann aber rund 100 Neonazis im bayrischen Coburg einen Trauermarsch durchzuführen.

Rechtsradikale festgenommen

FR 21.4.95 - Die Polizei hat am 19. April '95 in Saalfeld sieben Rechtsradikale vorläufig festgenommen, die faschistische Parolen skandiert hatten. Die 14- bis 21-jährigen zogen nach einer Feier unter anderem mit „Heil Hitler“-Rufen durch die Stadt. Bei der Durchsuchung wurde eine Schreckschußpistole sowie ein Messer beschlagnahmt. Eine Kontrolle im Keller des Hauses, in dem die Feier stattgefunden hatte, brachte faschistische Symbole und Propagandamaterial zutage.

International

Dänemark

Lauck wird ausgeliefert

Taz 3.4./8.5.95 - Der US-Neonazi **Gary Lauck** (41) wird nun doch an Deutschland ausgeliefert, dies berichteten dänische Zeitungen unter Berufung auf das Justizministerium Kopenhagen. Lauck war aufgrund eines deutschen Haftbefehls am 20. März '95 festgenommen worden. Lauck ist Führer der in der Bundesrepublik verbotenen **NSDAP/AO**. Bereits am Samstag, 3. April '95, haben rund 25 niederländische und deutsche Nazis vor der dänischen Botschaft in Den Haag für die Freilassung Laucks demonstriert.

Frankreich Rassistischer Mord während FN-Demo

Taz 3.5., JW 5./12.5.95 - Nachdem mehrere tausend AnhängerInnen der rechtsextremistischen Partei **Front National (FN)** am 1. Mai '95 ihre Demonstration in Paris beendet hatte, war der 29-jährige Marokkaner **Brahim Bourham** bereits einige Stunden tot - ertrunken in der Seine. Gegen 11.30 Uhr waren mehrere Nazi-

Skinheads vor dem Louvre aus der Demonstration ausgeschieden und hatten den Einwanderer, der am Ufer spazierenging, in den Fluß gestoßen, wo er ertrank. Anschließend mischten sich die Mörder wieder unter die Rechtsextremisten und marschierten weiter. Dieser Mord geschah 150 Meter vom Weg der rechtsextremen Demonstration entfernt, an der ca. 10.000 Sympathisanten des FN-Chefs **Jean-Marie Le Pen** teilnahmen. Dieser errang im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl stolze 15 Prozent und wurde viertstärkster Politiker. Der Mord an **Brahim Bourham** wurde erst am späten Nachmittag bekannt durch eine Mitteilung der Nachrichtenagentur AFP. Noch sechs Stunden nach dem Mord erklärte die Polizei auf Nachfrage, es habe keine Zwischenfälle gegeben. Dabei war die FN-Führung bereits mehrere Stunden vorher über den Mord informiert gewesen, meldete die Tageszeitung *Libération*. Rund zehn Augenzeugen - darunter mehrere Teilnehmer der Demonstration - wurden noch am selben Tag von der Polizei vernommen. Mehrere Tage lang gab es zwar mehrere Festnahmen, jedoch keine Haftbefehle. Erst nach eineinhalb Wochen konnte die Polizei einen der Täter präsentieren. Der 20-jährige **Michael F.** aus Reims wurde von FN-Bussen kostenlos zur Demo gebracht worden. Bis zu diesem Zeitpunkt stritt Le Pen sämtliche Zusammenhänge zu den Mördern ab. Weitere zwei Tatverdächtige sind derzeit verschwunden. Am 3. Mai '95 demonstrierten etwa 12.000 Menschen (ImmigrantInnen, französische AntirassistInnen) an der Stelle, an der der Mord geschah.

Kanada

Anschlag auf Zündel

Toronto Star 8.5.95 - Am Morgen des 7. Mai '95 gab es einen Brandanschlag auf das Haus von **Ernst Zündel** im Stadtteil Cabbagetown in Toronto. Zündel ist einer der wichtigsten Holocaust-Leugner, der international in der Nazi-szene Ansehen genießt und revisionistische wie antisemitische Veröffentlichungen herausbringt und auch weltweit auf Veranstaltungen spricht. Das Feuer verursachte einen Schaden von 100.000 Dollar. Zündel war zur Zeit des Anschlags auf einer Tournee in British Columbia, einem Distrikt in Kanada. Er hat nicht vor, das Haus, das unter dem Namen „Der Bunker“ bekannt ist und in dem er seit 1975 wohnt, zu verlassen. Im Gebäude schlief **Jerry Neumann**, der Zündels Videofilme produziert. Neumann ist oft dort, wenn Zündel auf einer seiner Reisen ist. Bevor er aus dem Gebäude flüchtete, nahm er noch die Videofilme aus den vier Überwachungskameras, welche rund um die Uhr die Umgebung filmen. Darauf soll ein Mann zu sehen sein, der an der Vorderseite des Hauses Benzin ausschüttet. Sein Gesicht ist jedoch nach Polizeiangaben auf dem Video nicht zu identifizieren. Der kanadisch-jüdische Kongreß hat den Anschlag verurteilt. Aber Nachbargruppen hatten Plakate geklebt, in denen sie dazu aufriefen, Zündel aus der Gegend zu vertreiben. Bruce Eakin, Mitglied der **Cabbagetown Campaign against Nazis in our Nightborhood**: „Wenn Leute sich nicht wehren, wo sind wir dann? Dann sind wir zurück im 2. Weltkrieg. Man muß aufstehen“. Er verneint jedoch Kontakte seiner Gruppe zu den Zündel-Zündern. „Wer immer dieses Haus an-

zündete, beabsichtigte aber klar eine Verbindung zum 8. Mai zu ziehen.“

Lettland

Bombenanschlag

JW 9.5.95 - Bisher Unbekannte haben am frühen Morgen des 6. Mai '95 einen Bombenanschlag auf das jüdische Gotteshaus in Riga verübt. Nach dem Rabbiner **Natan Barkan** wurden bei dem Anschlag niemand verletzt. Barkan macht antisemitische Kräfte für den Terrorakt verantwortlich und verurteilte in diesem Zusammenhang auch die vor kurzem aufgedeckte Veröffentlichung von Hitlers *Mein Kampf* in lettischer Sprache.

Niederlande

Prozeß gegen die NV

JW 22.3.95 - Am 21. März '95 hat vor einem Amsterdamer Gericht ein Prozeß gegen die faschistische **Nationale Volkspartei/CP '86 (NV)**, ehemals nur **CP '86**, begonnen. Die Staatsanwaltschaft wirft allen NV-Mitglieder vor, durch ihre Aktionen, Aktivitäten und Publikationen gegen den Artikel 1 der Verfassung verstoßen zu haben. In diesem Artikel wird jegliche Form von Diskriminierung untersagt. Außerdem wird gefordert, die NV als „kriminelle Vereinigung“ einzustufen, damit sie verboten werden kann.

Österreich

„Aula“ erschienen

bnr 6/95 - Die in Graz erscheinende rechtsextreme Monatszeitschrift **Aula** beschäftigt sich in der Ausgabe 1/95 schwerpunktmäßig mit „Na-

tionalsozialismus? Die Linke und ihre Nation“. **Jürgen Hatzenbichler**, Redakteur der **Jungen Freiheit (JF)** und Autor in der Nazi-Zeitung **Nation + Europa**, widmet viel Aufmerksamkeit dem rechtsradikalen **Hofgeismarkreis** der Leipziger **Jusos** um **Sascha Jung**, ebenfalls Autor in der JF. Diesen Kreis bezeichnet Hatzenbichler als „standhafte Sozialdemokraten“, die sich im Gegensatz zum Gebrabbel der Parteipolitiker für „grundsätzliche Fragen“ interessieren.

Russland

Nazi-Wahlkampf

JW 24.4.95 - Der russische Neonazi-Führer **Alexander Wedenkin** hat mit der Verteilung von Banknoten am 22. April '95 mit seiner Kampagne als Kandidat zum russischen Parlament begonnen. Er verteilte in der Kleinstadt Jegoriewsk 10.000-Rubel-Scheine an Rentner (umgerechnet etwa 2,80 DM). Wedenkin ist Mitglied der Neonazi-Organisation **Russisch Nationale Einheit (RNE)** und war erst kürzlich wegen Morddrohung an zwei Kritiker des Tschetschenien-Krieges im Gefängnis, wurde jedoch schnell wieder entlassen - ohne Haft- oder Geldstrafe (siehe WGA #5 und 6).

Spanien

Nazi-Zeitung „Halt“

bnr 6/95 - Nach einer dreimonatigen Pause erschien im Februar '95 die 75. Ausgabe der antisemitischen Nazi-Zeitung **Halt**. In dieser Aus-

gabe wird der Bundesverfassungsschutz zum „Staatsfeind Nr. 1“ gekührt. Zudem wird die Kirche heftig attackiert, wegen ihres angeblichen „Tanzes mit den Randgruppen, nämlich Kommunisten, Homosexuellen und Asylanten“. Ge gründet hat die Halt der österreichische Neonazi **Gerd Honsik**, der sich vor Jahren wegen drohender Haftstrafen in Österreich nach Spanien absetzte. Honsik ist Neffe von **Amon Goeth**, der einst Kommandant im KZ-Plasov bei Krakau war. Gedruckt und verschickt wird die Halt aus Barcelona, zuständiger Redakteur ist ein **Pedro Schneider**.

Tschechien

Mord an Roma

JW, SZ 18.5.85 - Ein 43jähriger Roma ist am Samstag, 13. Mai '95, von vier vermutlich rechtsradikalen Skinheads überfallen und so schwer verletzt worden, daß er seinen Verletzungen wenig später erlag. Die Täter drangen ohne ersichtlichen Grund gewaltsam ein, indem sie die Tür auftraten in die Wohnung des Mannes und schlugen mit Baseballschlägern auf ihn ein. Wegen des Mordes, der sich in Zdar nad Sazavou ereignete, wurde gegen einen 21-jährigen Mann Anklage erhoben, zwei 17-jährige wegen tätlichen Angriffs festgenommen. Ebenfalls am Samstag wurde von Ministerpräsident **Vaclav Klaus** ein Denkmal zur Erinnerung an die im Nazi-Lager in Lety ermordeten Roma eingeweiht und dabei jeglichen Rassismus verurteilt. Jetzt fordert eine Vielzahl von tschechischen Politikern ein härteres Vorgehen gegen rassistische Gewalttaten. Von Innenminister **Jan Ruml** sollen demnächst Genehmigungen für rechtsradikale Parteien wieder aufgehoben werden. Polizeichef **Oldrich Tomasek** wurde angewiesen, „Maßnahmen zu einer energischen Unterdrückung der rassistisch motivierten Kriminalität zu ergreifen.“ Zudem wurde die Auflösung aller rassistischen Organisationen und eine Gesetzesverschärfung gegenüber rassistischen Gewalttätern beschlossen. Nach einem Bericht des Innenministerium über rassistisch motivierte Gewalttaten belief sich diese Zahl von Januar '93 bis Mitte '94 auf mehr als 450. Gegen 225 Personen wurde in den letzten fünf Jahren aus gleichen Gründen Anklage erhoben.

Friedhof geschändet

JW 17.5.95 - In Ostböhmen wurde Anfang Mai ein jüdischer Friedhof geschändet. In Hradec Kralove, 100 km östlich von Prag, wurden 115 Grabsteine umgeworfen und zum Teil zerstört. Über die Täter ist bisher nichts bekannt.

Türkei

Menschenrechtsverletzungen 1994

Kurdistan-AK Sonthofen - Die folgende Tabelle ist ein Bilanz des **Türkischen Menschenrechtsvereins (IHD)** zu den Menschenrechtsverletzungen im Jahre 1994.

Verhaftungen:	1.209
Festnahmen:	14.473
Nach Festnahmen "verschwunden":	328
Morde mit „unbekannten“ Tätern:	292
Tod in Polizeihaft / außergerichtliche Hinrichtungen:	298
Zahl der gefolterten Menschen :	1.000
Gewalttaten gegen Zivilisten - Tote / Verletzte:	478 / 457
Kriegstote (Streitkräfte und Guerilla):	5.000
Zwangsweise geräumte / zerstörte Dörfer und Siedlungen	2.000
gezielte Waldverbrennungen:	31
verbotene Gewerkschaften, Parteien, Verbände, Zeitschriften:	123
Razzien bei Vereinen, Gewerkschaften, Verlagen:	119
Orte, an denen Brandanschläge verübt wurden:	191
Haftstrafen für Schriftsteller, Journalisten und Verleger - Jahre / Monate:	537 / 2
Geldstrafen für Schriftsteller, Journalisten und Verleger:	55 Mrd. TL
Beschlagnahme Publikationen:	450
Zahl der im Gefängnis sitzenden Journalisten, Autoren, Abgeordneten, Gewerkschafter, Künstler, Verleger:	109

Linksabbieger 4/95; ai-info 3-6/95

Jeden Tag werden auf dieser Welt Menschen gefoltert, wegen ihrer Ansichten, Hautfarbe oder Herkunft eingesperrt, ermordet, verschleppt. Man läßt sie „verschwinden“, unterwirft sie Terror und Schikane oder verurteilt sie zum Tode. Gegen diese Menschenrechtsverletzungen protestiert *amnesty international*. Monatlich werden einige ausgewählte Fälle veröffentlicht, mit der Bitte, daß sich die LeserInnen dem annehmen und sich an die betreffenden Regierungen oder Vertretungen wenden, um ein Ende der Verfolgung an diesem Menschen zu erreichen. Wir veröffentlichen an dieser Stelle unregelmäßig einige dieser Fälle. Diesmal haben wir zusätzlich den Aufruf zur Rücknahme des Todesurteils gegen Mumia Abu-Jamal mit hineingenommen. Wir bitten Dich, daß Du Dich schriftlich an die angegebenen Adressen wendest und Dich vor allem im Fall von Abu-Jamal an die betreffenden Stellen - auch in Deutschland - wendest! Es sollte, wenn nicht anders angegeben, in möglichst gutem Englisch geschrieben werden, an die Botschaften in Deutschland auch in deutscher Sprache. Normale Briefe ins Ausland bitte mit 2 DM frankieren.

Die Todesstrafe gegen Mumia Abu-Jamal soll diesen Sommer voll- streckt werden!

Mumia Abu-Jamal USA

Mumia Abu-Jamal ist einer der kämpfenden schwarzen Gefangenen in den USA. Mumia ist ein afro-amerikanischer Radio-Journalist, der aufgrund seines Einsatzes für die Unterdrückten in den USA den Namen „Stimme der Entrechteten“ erhielt. Als Mitglied der *Black Panther Party* kämpfte er seit frühester Jugend politisch für die Rechte der Schwarzen in den USA. Später trat er der *MOVE*-Bewegung bei. Am 9. Dezember 1981 wurden einige Männer von einer Polizeistreife angehalten. Einem von ihnen - Mumias Bruder William - wurde eine Verkehrswidrigkeit vorgeworfen. Es kam zu einer lautstarken Auseinandersetzung, die von Mumia, der unbeteiligt am Steuer eines Taxis saß, beobachtet wurde. Als er sah, wie die Angehaltenen von den Cops traktiert wurden, sprang er aus seinem Wagen, um ihnen beizustehen. Über das, was dann passierte, gab es später widersprüchliche Angaben. Bei der Prügelei fielen einige Schüsse, Jamal wurde lebensgefährlich verletzt. Ein Polizist starb, noch bevor er ärztlich versorgt werden konnte. Nach der Feststellung von Jamals Personalien schien alles klar: Der Staat hatte den Schuldigen, den er brauchte. Jamals Frau berichtete später von Mißhandlungen seitens der Polizei, die ihr Ehemann sogar noch im Krankenhaus erleiden mußte. So versuchten sogar einige Polizisten ihn in seinem Krankbett, an das er angeketet war, umzubringen.

Der Prozeß gegen Mumia Abu-Jamal wurde zum größten Teil in seiner Abwesenheit geführt. Vertreten wurde er von einem vom Gericht bestellten und dem Gericht ergebenden Pflichtverteidiger. Die Geschworenen-Jury bestand aus elf Weißen, meist älteren Mittel-

klassebürgerInnen des „besseren“ Nordosten Philadelphias und nur einem Schwarzen. Den Vorsitz hatte ein weißer Richter, der den Beinamen „Henker von Philadelphia“ trägt, da er bis zu diesem Zeitpunkt bereits ca. 30 Schwarze zum Tode verurteilt hatte. Nach nur drei Prozeßtagen, in denen entlastendes Material nicht berücksichtigt wurde, sondern hauptsächlich auf die zum Teil zwölf Jahre zurückliegenden Aufrufe und Reden Abu-Jamals während seiner BPP-Mitgliedschaft eingegangen wurde, folgte der Schuldspruch und die Verurteilung zum Tode. Seitdem befindet sich Mumia Abu-Jamal 22 Stunden täglich in Einzelisolation in den Todestrakten von Pennsylvanias Gefängnissen, von dort kämpft er um sein Leben und seine Freiheit; aus diesen Zellen arbeitet er auch weiterhin als Journalist. Sämtliche Berufungsanträge wurden bisher abgelehnt. Der neue Gouverneur von Pennsylvania, der schon in seinen Wahlkampagnen ankündigte, im Falle eines Wahlsieges die noch ausstehenden Todesurteile zu unterzeichnen, hat seine Drohung nun wahrgemacht: **Mumia Abu-Jamal soll am 17. August '95 um 22 Uhr hingerichtet werden!**

Wir fordern Dich und alle auf, gegen diesen Mord aktiv zu werden. Mumia Abu-Jamal soll hingerichtet werden als Drohung gegen alle, die Widerstand leisten. Jetzt muß klargemacht werden, daß es dagegen Proteste und Widerstand überall auf der Welt gibt! Die Verhinderung von Mumias Ermordung läßt sich nur noch erreichen, wenn es an jeder US-Einrichtung Proteste gibt, wenn überall der Ruf ertönt: Keine Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal!

Briefe an:

Gouverneur Tom Ridge
Main Capitol Building, Room 225
Harrisburg, PA 17120, USA

Hayriye Gündüz Türkei

Am 10. Oktober '94 wurde Hayriye Gündüz im Sicherheitsgericht Nr. 3 in Istanbul von Gerichtsbediensteten zusammengeschlagen. Mit elf anderen Gefangenen wartete sie zu diesem Zeitpunkt auf ihren Prozeß wegen angeblicher Mitgliedschaft in der illegalen militanten Organisation **Dev Sol** („Revolutionäre Linke“). Da sie bereits eine Leibesvisitation hinter sich hatte, weigerte sie sich, eine erneute Durchsuchung ihrer Kleidung zuzulassen. Daraufhin schlugen die Beamten mit Schlagstöcken auf die mit Handschellen gefesselten Gefangenen ein. Die Angriffe wurden von drei Rechtsanwälten beobachtet, die später aussagten, daß die Beamten schrien: „Bringt die Anwälte weg. Wir werden diese Bande töten!“. Daraufhin schafften Polizisten die Rechtsanwälte beiseite. Die Gefangenen wurden dann etwa acht Minuten lang auf dem Flur des Gerichtsgebäudes geschlagen, bis man sie in einen Hinterhof brachte. Dort wurden sie von Polizisten in Zivil und Angehörigen einer „Anti-Terror-Einheit“ erneut geschlagen und getreten. Das medizinische Gutachten eines staatlichen Instituts vom 20. Oktober '94 bestätigte Hayriye Gündüz schwere Verletzungen, zwei Wunden mußten genäht werden.

Briefe an:

Mehmet Mogultay, Justice Minister

Adalet Bakanligi

06659 Ankara, Türkei

Fax: 0090 / 312 425 4066 oder 312 417 3954

Khin Zaw Win Myanmar (Birma)

Als er am 4. Juli '94 auf dem Flughafen Yangon (früher: Rangun) in ein Flugzeug nach Singapur einsteigen wollte, wurde Khin Zaw Win festgenommen. Der Zahnarzt hatte ein Jahr zuvor ein Stipendium der singapurischen Regierung bekommen, um an der dortigen Universität einen Magister-Abschluß in Politik zu machen. Das Thema seiner Abschlußarbeit war die politische Situation in Myanmar (früher: Burma) und Khin Zaw Win war für wissenschaftliche Recherchen in seine Heimat zurückgekehrt. Khin Zaw Win, auch Kelvin genannt, wurde am 6. Oktober '94 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Anklagepunkte waren die „Verbreitung oder beabsichtigte Verbreitung falscher Nachrichten“, „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“ und „Besitz geheimer Informationen“. Während seiner Festnahme soll Khin Zaw Win Dokumente der Oppositionsbewegung bei sich gehabt haben. Seine Verbindungen zu Regierungskritikern sind bekannt. Khin Zaw Win wurde zuerst in ein Haftzentrum des militärischen Geheimdienstes gebracht und später in das Ins-ein-Gefängnis bei Yangon.

Briefe an:

General Than Shwe, Chairman

c/o Ministry of Defense

Signal Pagoda Road

Yangon, Myanmar (Birma)

Kim Sam-sok Südkorea

Der in Anti-Atom-Initiativen engagierte 28jährige Pazifist Kim Sam-sok aus Südkorea verbüßt im Taejon-Gefängnis eine vierjährige Haftstrafe. Die Verurteilung geht auf Delikte nach dem „Gesetz zur Nationalen Sicherheit“ zurück. Kim Sam-sok wurde im Februar '93 festgenommen und ein Jahr später verurteilt, weil er „Staatsgeheimnisse“ verraten und Kontakte zu einer vermeintlich pro-nordkoreanischen Gruppe in Japan gehabt haben soll. Es gibt Behauptungen, der südkoreanische Geheimdienst ANSP habe die Indizien für die Anklage und Verurteilung von Kim Sam-sok geliefert. Im Oktober '94 erklärte ein früherer ANSP-Mitarbeiter, ihm seien Geheimdienstpläne anvertraut worden, daß eine Anklage gegen Kim Sam-sok und seine Schwester Kim Un-ju konstruiert werden solle. Kim Un-ju war zusammen mit ihrem Bruder unter den gleichen Beschuldigungen festgenommen, aber im Februar '94 freigelassen worden. Kim Sam-sok gibt an, während der Verhöre beim ANSP geschlagen, entkleidet und sexuell belästigt worden zu sein. Auch Kim Un-ju sagt aus, geschlagen, getreten und am Schlafen gehindert worden zu sein. Nach Erkenntnissen von ai sind die Mißhandlungsvorwürfe von den südkoreanischen Behörden nicht unabhängig untersucht worden. Kim Sam-sok ist in einer Zelle ohne Tageslicht gefangen und wird ständig unter Druck gesetzt, „sich zu bekehren“ - gemeint ist ein Lossagen von seiner vermeintlichen kommunistischen Überzeugung.

Briefe an:

President Kim Young-sam

The Blue House

1 Sejong-no / Chongno-gu

Seoul, Republik Korea

Fax: 0082 / 2-770 0253

Bischof Samuel Ruiz und andere Geistliche Mexiko

Der mexikanische Bischof Samuel Ruiz und andere katholische Geistliche aus dem Bundesstaat Chiapas sind wachsender Bedrohung und Einschüchterung bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt. Hintergrund ist ihr Einsatz für die Rechte der indigenen Bevölkerung. Mitarbeiter der katholischen Kirche, angeführt von Bischof Ruiz, haben die Rechte der Indianer seit Jahrzehnten gefördert und geschützt. Dabei sind sie häufig mit den Behörden und den Großgrundbesitzern in Konflikt geraten. Bischof Ruiz aus San Cristóbal de las Casas hat während der Friedensgespräche zwischen der zapatistischen Aufständischen in Chiapas (EZLN) und der mexikanischen Regierung eine zentrale Rolle gespielt. Im Februar dieses Jahres demonstrierten mehrere hundert Grundbesitzer und nicht-indianische Bewohner aus Chiapas gegen den Bischof. Die DemonstrantInnen stießen Beschimpfungen und Drohungen aus und warfen

mit Steinen. Das Vorgehen gegen den Bischof ist kein Einzelfall: Ein Gottesdienst von Pater Javier Velazco ist Berichten zufolge von Polizisten unterbrochen worden. Anschließend verhörten die Beamten ihn wegen angeblicher Verbindungen zu bewaffneten Rebellen. Ebenfalls bedroht wurde José Alberto Paniagua Mijangos, ein Priesterschüler aus San Cristóbal de las Casas. Ihm wurde mitgeteilt, daß ihm ein „Unglück“ zustoßen werde, sollte er seine kirchliche Arbeit fortsetzen. Auch soll er von Unbekannten in einem Auto ohne Kennzeichen verfolgt worden sein. Man geht davon aus, daß es Polizisten waren.

Briefe an:

Lic. Ernesto Zedillo Ponce de León

Palacio Nacional

06067 México D.F., Mexiko

Fax: 0052 / 5-271 1764

Josephine Nyawira Ngengi Kenia

Josephine Nyawira Ngengi setzt sich für die Freilassung politischer Häftlinge in Kenia ein: Am 8. Mai 1994 wurde sie selbst in Nakuru, 150 Kilometer nordwestlich von Nairobi, ohne gesetzliche Grundlage verhaftet. Mehr als drei Wochen mußte sie in Isolationshaft verbringen. Am 10. Juni '94 wurde sie zusammen mit weiteren 18 Häftlingen wegen bewaffneter Raubüberfalls angeklagt. Für dieses Delikt ist in Kenia die Todesstrafe vorgesehen. Die kenianische Polizei scheint den Vorwurf des bewaffneten Raubüberfalls immer wieder zu nutzen, um Regierungsgegner zu inhaftieren. Wer unter dieser Beschuldigung festgenommen wird, kann nicht gegen Kautionsfreilassung werden. amnesty international befürchtet, daß die Anschuldigungen gegen Josephine Nyawira Ngengi konstruiert sind, Berichten zufolge ist sie zusammen mit anderen Häftlingen gefoltert worden. Sämtliche Angeklagten haben mittlerweile die Vorwürfe bestritten. Das Gerichtsverfahren gegen Josephine Nyawira Ngengi und einige ihrer Mitangeklagten wurde im August '94 in Nakuru eröffnet. Obwohl die Anklage von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen wurde, wurde sie sofort wieder verhaftet und wegen des gleichen Vergehens im Dezember in Nyeri, 100 Kilometer östlich von Makuru angeklagt. Im Februar dieses Jahres wurde das Verfahren gegen Josephine Nyawira Ngengi und 14 weitere Mithäftlinge eröffnet. Gleich nach Prozeßbeginn wurde das Verfahren auf April vertagt.

Briefe an:

President arap Moi

Office to the President

P.O. Box 30510

Nairobi, Kenia

Fax: 00254 / 2-33 73 40

Neuerscheinungen

Dies ist eine Auswahl neu erschienener antifaschistischer Zeitungen und Broschüren, jedoch kein Gesamtüberblick. Bei Bestellungen gilt grundsätzlich: Zahlungen sind im Voraus zu leisten und pro Exemplar fallen zusätzlich mindestens noch 2,00 DM Portogebühren an!

Antifa Infoblatt

#30, 5,00 DM, 52 Seiten

Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist das Thema „Befreiung“, was aber etwas mißverständlich rüberkommt. Denn was hat z.B. das Thema „Nazis rufen zur Terroroffensive auf“ mit Befreiung zu tun? Trotzdem ist auch gerade dieser Artikel wieder ein typisches Beispiel für die Notwendigkeit dieser Zeitung, denn nirgends sonst findet man soviel Fakten und Hintergründe gesammelt und kommentiert auf einen Haufen. Daß das Infoblatt nicht nur Infos zusammensucht, sondern daß oftmals eine Menge Recherche dahintersteckt, merkt man unter anderem in den Artikeln zur „Evangelischen Notgemeinschaft“, bei „Faschistische Regierungsbeteiligung in Italien“ oder in „Repression gegen Faschisten in der BRD“. Ausgehend von den 8. Mai-Feierlichkeiten, sowohl von „unten“ als auch von Regierungsstellen, wird wieder ein Bogen geschlagen über Aktivitäten von AntifaschistInnen („Antifa-Ini Moabit“), Repression („Göttinger Anklage“), staatlichem Rassismus („Deutsch-türkisches Abschiebeabkommen“) bis natürlich hin zu Nachrichten aus der Faschisten-Szene („NF-Funktionärin in linken Kreisen“, „Lebensschützer“). Wieder ein abendfüllendes Magazin.

Harum Scarum

#3, Antifa-Jugend Holzminden, 24 S.

c/o Kai Mara, Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin

Nach sechs Jahren (!) erschien im Frühjahr nun die neue Ausgabe dieses Blattes, das von antifaschistischen SchülerInnen für ebensolche gemacht ist. Es wird versucht einen Überblick über aktuelle Themen zu geben, was aber aufgrund des Platzmangels nicht ganz gelingt. Bemerkenswertere Themen sind vor allem ein Mini-Überblick über die Entstehung des „Autonomen Antifaschismus“, der jedoch vielleicht nochmal ausführlicher und tiefgründiger behandelt werden sollte; „Eugenik - intelligentere Kinder für die kommende Generation“ sowie ein Artikel zur Kriminalisierung der „Antifa M“.

Linksabbieger

#3, 16 S.

c/o Edelweiß-PiratInnen, Postfach 2337, 59256 Beckum

Polizeigewalt und Repression werden diesmal am Anfang der Zeitung behandelt, unter anderem am Beispiel der Massenfestnahmen beim

EU-Gipfel im Essen. Hintergründe zum Thema „Jagd“ sowie zur Situation von Mumia Abu-Jamal folgen. Das „Collegium Humanum“ wird vorgestellt sowie der 12jährige Weg eines Asylbewerbers aus Marokko.

Mal was Anderes

#2, 16 S.

c/o Baobab, Winsstr. 53, 10407 Berlin

Die „unabhängige Prenzelberger Kiezzeitung“ wird vorwiegend von Jugendlichen aus dem Prenzlauer Berg in Berlin gemacht und auf den Straßen sowie an Schulen verteilt. Die Themen reichen von der Kriminalisierung von Sprayern über Umstrukturierung bis zur Lebenssituation von Flüchtlingen. Aktuell: Die Hetzkampagne gegen vietnamesische Menschen. Zum Schluß wieder Kiez-bezogen: Infos zum Ha-Ra-Kiri-Laden.

Rabaz

#3, 5,00 DM, 52 S.

c/o Radio Z, Hintere Ledergasse 10, 90403 Nürnberg

Die „Antifaschistische Infozeitung aus Bayem“ ist keine reine Regional- oder Landeszeitung, lediglich ca. 1/3 der Seiten behandeln Themen auf Regional- oder Landesebene und die stehen auch ganz hinten. Die ersten Artikel befassen sich mit der Nazi-Struktur - Untergrund, Bombenterror, die Struktur nach den Verboten. Danach folgt eine Infragestellung des Begriffs „Neue Rechte“. Der Praxis der Bundesregierung zum Thema „Innere Sicherheit“ werden weitere fünf Seiten gewidmet. Insgesamt ein aufwendig und sicher arbeitsintensiv gestaltetes Magazin, das seinen Preis auf jeden Fall wert ist.

Versorgungslinie Nord

7,00 DM, 68 S.

Atze, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

Sehr informativ ist diese Broschüre, die von der Kieler Antifa-Zeitung in Zusammenarbeit mit dem Demos-Nyhedbrev aus Kopenhagen herausgegeben wurde. Sie enthält eine genaue Beleuchtung der Zusammenarbeit von militanten Neonazis aus Deutschland und Dänemark. Beginnend mit einem historischen Rückblick auf die Entwicklung der dänischen Naziszene nach 1945 geht sie auch auf die internationalen Verbindungen ein und beschreibt die Rolle der NSDAP/AO im weltweiten Nazi-Netzwerk. Die Broschüre bietet aber vor allem einen hervorragenden Überblick über die Faschistenszene in Skandinavien, von Terroristengruppen, über die „White-Power“-Bewegung hin zur Naziskin-Subkultur. Am Schluß wird noch auf (zu) wenigen Seiten auf die Arbeit und Erfolge der antifaschistischen Maßnahmen gegen die dänischen Neonazis eingegangen. Insgesamt eine sehr gut recherchierte Broschüre.

JETZT ZU KAUFEN:

Informationen zum faschistischen Zentrum Hetendorf 13, 90 Seiten, viele Abbildungen, nur 6 DM



Erhältlich in allen guten Buchläden, bei Antifa-Gruppen, Infoläden, oder direkt über AAH13, c/o Infoladen Kornstraße, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover, Geld für Hefte + 3DM in Briefmarken beilegen.

Index der #7

Stichworte

Abschiebung	4	Abschiebestopp
	17	Aktionen
	17	Asylbewerber
	18	Abschiebestopp
Altnazis	12	DRK-Präsident
Antifa-Aktion	4	Abschiebestopp
	7	Bundeskongreß
	7	Rave
	7	Gegen REPs
	8	Rechte Aktion
	8	REP-Parteitag
	9	NPD-Kundgeb.
	9	Gegen Nazis
	11	Vietnamese
	12	Gedenktafel
	13	Ausschreitungen
	13	Antifademo
	13	Erinnerung
	14	Protest
	15	Mordversuch
	17	Fahrgäste
	17	Festnahmen
	20	Rechtsextremist
	20	Rassistischer
	20	Anschlag
Antimilitarismus	8	Rechte Aktion
	17	Kriegerdenkmal
Antisemitismus	13	Nazi-Parolen
	16	Friedhof
	19	Nazi-Parolen
	19	Brandanschlag
	21	Bomben
	21	Friedhof
Asyl	11	Exil-Ausstellung
	14	Flüchtlingsdemo
	14	Protest
	17	Aktionen
	17	Asylbewerber
	18	Abschiebestopp
Aussteiger	4	Nazi-Sport
	10	Priem verurteilt
	17	Aussteiger
Ausstellung	8	Ausstellung
	11	Exil-Ausstellung
Behörden	4	WJ-Klage
	16	Niedersachsen
Burschenschaften	7	Rave
Fascho-Struktur	4	Nazi-Sport
	5	Nazi-Terror
	6	Ordnerdienst
	7	Bundeskongreß
	8	REP-Parteitag
	9	NIT aus
	12	Direkte Aktion
	17	REP-Vorstand
	19	Mehr Neonazis
Fascho-Überfall / Anschlag / Treffen / Aktion	4	Drohungen
	6	Ordnerdienst
	7	Rave
	7	Gegen REPs
	8	Rechte Aktion
	8	REP-Parteitag
	9	Festgenommen
	9	NPD-Kundgeb.
	9	Mini-Nazi-Demo
	9	Gegen Nazis
	9	Selbstverbrenng
	9	Südafrika
	10	Nazitreff
	10	Marion Ludwig
	11	Friedhof

...Fascho-Aktion	11	Exil-Ausstellung
	11	Kandidatur
	12	Haftstrafen
	13	Skin-Konzert
	13	Überfall
	13	Ausschreitungen
	13	Nazi-Parolen
	13	Rechte Räuber
	13	Kneipe
	13	Gräber
	14	Rassistische
	14	Naziüberfall
	15	Angriff
	15	Mordversuch
	16	Friedhof
	16	Rechte Gewalt
	17	Fahrgäste
	17	REP-Funktionär
	17	REP-Vorstand
	18	Anschlag
	18	Überfall
	18	Naziüberfälle
	19	Nazi-Parolen
	19	Brandanschlag
	20	Schmierereien
	20	Rechtsextremist
	20	Rechtsradikale
	20	Rassistischer
	21	Bomben
	21	Aula
	21	Wahlkampf
	21	Nazi-Zeitung
	21	Mord an Roma
	21	Friedhof
Festnahmen	9	Festgenommen
	9	Gegen Nazis
	9	Festnahme
	13	Skin-Konzert
	13	Ausschreitungen
	13	Waffenlager
	13	Rechte Räuber
	15	Angriff
	16	Rechte Gewalt
	17	Festnahmen
	18	Anschlag
	18	Überfall
	20	Rechtsextremist
	20	Rechtsradikale
	20	Rassistischer
	21	Mord an Roma
	9	Festgenommen
Flüchtlingsheim	5	Folter
Folter	15	Angriff
Franzosen	11	Friedhof
Friedhof	13	Gräber
	16	Friedhof
	21	Friedhof
Gedenken	8	Ausstellung
	11	Exil-Ausstellung
	12	Gedenktafel
	13	Erinnerung
	14	Straßen
Innenminister	4	Abschiebestopp
	12	Direkte Aktion
	15	Anklage
	16	Niedersachsen
IrakerInnen	14	Rassistische
IranerInnen	17	Fahrgäste
ItalienerInnen	18	Überfall
Justiz	4	WJ-Klage
	4	Bewährung
	5	Richter Orlet
	7	Vor Gericht
	7	Razzien

...Justiz	7	Neues Urteil
	8	Haft für Nazi
	10	Antifaschist
	10	Nazi-Skins
	10	Vier Jahre
	10	Priem verurteilt
	11	Polizisten
	13	Prozeß
	14	Thorsten Heise
	15	Vier Jahre Haft
	15	Anklage
	16	Solingen
	19	Bewährung
	19	Urteil
	21	Prozeß
	22	Die Todesstrafe
KurdlInnen	4	Abschiebestopp
Mailboxen	7	Thule-Netz
Menschenrechte	5	Folter
NS-Verbrechen	8	Ausstellung
Pfadfinder	8	Pfadfinder
Polizei	5	Folter
	11	Vietnamese
	11	Polizisten
	14	Kronzeuge
	16	Polizei
PortugiesInnen	13	Überfall
Rassismus	9	Rassistische
	11	Polizisten
	13	Überfall
	14	Rassistische
	14	Kronzeuge
	16	Rechte Gewalt
	17	Fahrgäste
Razzien	7	Razzien
	20	Rechtsradikale
Repression	15	Anklage
RumänInnen	11	Polizisten
Solidarität	4	Abschiebestopp
	11	Vietnamese
	14	Protest
	17	Fahrgäste
	17	Aktionen
	17	Festnahmen
Spitzel	10	Marion Ludwig
	11	Erklärung
Südafrika-Seminar	9	Südafrika
Tote	9	Selbstverbrenng
	10	Nazi-Skins
	10	Vier Jahre
	12	Haftstrafen
	20	Rechtsextremist
	20	Rassistischer
	21	Mord an Roma
TürkInnen	14	Rassistische
	16	Solingen
	16	Rechte Gewalt
	19	Hauptverhandlg.
Unterschlagung	9	Spendendieb
Verbot	4	WJ-Klage
	12	Direkte Aktion
VietnamesInnen	11	Vietnamese
Waffenlager	7	Razzien
	13	Waffenlager
Wahlen	11	Kandidatur
	21	Wahlkampf
8. Mai	8	Rechte Aktion
	9	Junge Union
	13	Antifademo
	17	Festnahmen
	17	Kriegerdenkmal
	19	Nazi-Parolen

Organisationen / Medien

ADI	4	Nazi-Sport
Aktives Museum	11	Exil-Ausstellung
Altnazis	7	Vor Gericht
amnesty international	5	Folter
Angriff	10	Marion Ludwig
ANK	7	Razzien
	8	Haft für Nazi
ANS/NA	4	Nazi-Sport
	4	Bewährung
Anti-Antifa	4	Nazi-Sport
	4	Drohungen
	10	Priem verurteilt
	12	Offener Brief
	17	Aussteiger
	18	Anti-Antifa
Antifa-Ini Moabit	10	Antifaschist
Antifa M	15	Anklage
Antifa Witten	17	Kriegerdenkmal
ARAB	5	Folter
Aula	21	Aula
Baobab	12	Offener Brief
BdV	7	Bundeskongreß
Black Panther	22	Die Todesstrafe
CDU	8	Ausstellung
	9	Junge Union
CSU	5	Folter
	7	Bundeskongreß
	9	Spendendieb
Deutsche Alternative	10	Priem verurteilt
Deutsche Liga	19	Mehr Neonazis
	19	Von DVU
Dev Sol	23	Hayriye Gündüz
DFN	19	Mehr Neonazis
Direkte Aktion Mitteld.	12	Direkte Aktion
	19	Mehr Neonazis
DKP	18	Anti-Antifa
DRK	12	DRK-Präsident
DVU	19	Bewährung
	19	Von DVU
Eidgenoss	9	Festnahme
Einblick	12	Offener Brief
	17	Aussteiger
Elias BBS	7	Thule-Netz
FAP	4	Nazi-Sport
	4	Bewährung
	10	Nazitreff
	13	Kneipe
	14	Thorsten Heise
	17	Aussteiger
	18	Verkehrsunfall
	19	Mehr Neonazis
FDP	8	Ausstellung
	11	FDP
Flüchtlingsrat	14	Protest
FMJ	12	Direkte Aktion
FN	20	Rassistischer
GdNF	4	Nazi-Sport
	7	Razzien
GdP	5	Folter
Halt	21	Nazi-Zeitung
Ha-Ra-Kiri	12	Offener Brief
Hofgeismarkreis	21	Aula
HSA	9	Südafrika
Initiativgruppe 8. Mai	9	Junge Union
JN	7	Razzien
	18	Verkehrsunfall
	19	Mehr Neonazis
JRE	11	Erklärung
	12	Offener Brief
Junge Freiheit	18	Schüler-Union
	21	Aula
Junge Front	19	Mehr Neonazis
Junge Generation	7	Bundeskongreß

Junge Union	9	Junge Union
KAH	4	Bewährung
Kampfgruppe Priem	4	Nazi-Sport
	10	Priem verurteilt
Kraft durch Froide	8	Pfadfinder
Kritische Polizisten	5	Folter
KS Treptow	11	Kandidatur
Lübecker Bündnis	19	Brandanschlag
MOVE	22	Die Todesstrafe
NA	4	Nazi-Sport
Nation + Europa	9	Selbstverbrennung
	9	Südafrika
	21	Aula
Nationale	10	Nazitreff
	11	Kandidatur
	13	Antifademo
NF	4	Nazi-Sport
	10	Marion Ludwig
	12	Direkte Aktion
NIT	9	Mini-Nazi-Demo
	9	NIT aus
Nordische Jugend	7	Razzien
NPD	5	Richter Orlet
	5	NPD-Kontakte
	5	Richter Orlet
	7	Thule-Netz
	7	Neues Urteil
	8	Haft für Nazi
	9	NPD-Kundgeb.
	15	Vier Jahre Haft
	18	Anti-Antifa
NSDAP	12	DRK-Präsident
NSDAP/AO	4	Nazi-Sport
	7	Razzien
	8	Haft für Nazi
	9	Mini-Nazi-Demo
	19	Bewährung
	20	Lauck
NSKK	12	DRK-Präsident
NSV	12	DRK-Präsident
NV	21	Prozeß
Paneuropa-Jugend	15	Anklage
PBS	8	Pfadfinder
PDS	4	Drohungen
Phantom BBS	7	Thule-Netz
P.O.H.L.	10	Marion Ludwig
Private Ausweg BBS	7	Thule-Netz
Rechtsweg BBS	7	Thule-Netz
Reißwolf BBS	7	Thule-Netz
Reistrommel	5	Folter
Republikaner	4	Nazi-Sport
	7	Gegen REPs
	8	REP-Parteitag
	8	Ausstellung
	10	Antifaschist
	11	Kandidatur
	11	FDP
	16	Niedersachsen
	16	Polizei
	17	REP-Funktionär
	17	REP-Vorstand
	19	Mehr Neonazis
	19	Von DVU
RNE	21	Wahlkampf
Schüler-Union	18	Schüler-Union
Skrewdriver	18	Verkehrsunfall
SoRevo BBS	7	Thule-Netz
SPD	5	Folter
	15	Anklage
SrA	12	Direkte Aktion
Stille Hilfe für Südt.	9	Spendendieb
Tanusfront	7	Razzien
Thule-Netz	7	Thule-Netz
Thule-Seminar	7	Thule-Netz
Umbruch	6	Ordnerdienst
Voran	11	Erklärung
Werwolf Baden	7	Razzien
Werwolf 21	7	Razzien
Widerstand BBS	7	Thule-Netz

Wiking-Jugend	4	WJ-Klage
Witkobund	9	Südafrika
Wolf-Box	7	Thule-Netz
Wotans Volk	10	Priem verurteilt
WSG Hoffmann	4	Nazi-Sport
2. Sturm Sinsheim	7	Razzien

Personen

Abu-Jamal, Mumia	22	Die Todesstrafe
Alm-Merck, Heidi	15	Anklage
Althans, Ewald	4	Nazi-Sport
Aschoff, Dirk	11	Erklärung
B., Christian	16	Solingen
Bassermann, Heinz	17	REP-Vorstand
Bender, Frank Detlef	7	Razzien
Berning, ...	17	REP-Vorstand
Bletschacher, Gerh.	9	Spendendieb
Bock, Ludwig	7	Neues Urteil
Bourham, Brahim	20	Rassistischer
Brusberg, Dirk	19	Brandanschlag
Burkhard, Klaus	12	DRK-Präsident
Busse, Friedhelm	4	Bewährung
Chrobol, Uwe	14	Kronzeuge
D., Mirko	10	Nazi-Skins
Dalchau, Ronny	18	Naziüberfälle
Deckert, Günter	5	Richter Orlet
	7	Thule-Netz
	7	Neues Urteil
	8	Pfadfinder
	18	Anti-Antifa
Dillmann, Olaf	9	Südafrika
Dregger, Alfred	9	Junge Union
Elstner, Reinhold	9	Selbstverbrennung
Endler, Manfred	15	Anklage
Engelmann, Lars	18	Naziüberfälle
F., Matthias	10	Nazi-Skins
F., Michael	20	Rassistischer
Förster, Heinrich	15	Vier Jahre Haft
Freund, Jan	18	Naziüberfälle
Friedrichs, Thomas	12	Haftstrafen
G., Dirk	10	Nazi-Skins
Gartmann, Markus	16	Solingen
Glogowski, Gerhard	15	Anklage
	16	Niedersachsen
Göbel, ...	18	Naziüberfälle
Goeth, Amon	21	Nazi-Zeitung
Goldmann, Kurt	17	REP-Vorstand
Gröpper, Oliver	18	Naziüberfälle
Grün, Marco	8	Haft für Nazi
Gündüz, Hayriye	23	Hayriye Gündüz
Haedcke, Joachim	9	Junge Union
Hartnack, Andreas	17	REP-Funktionär
Hasselbach, Ingo	4	Nazi-Sport
Hatzenbichler, Jürgen	21	Aula
Heckelmann, Dieter	5	Folter
Hecker, Hans	7	Bundeskongreß
Heise, Thorsten	14	Thorsten Heise
Heyer, Volker	9	Südafrika
Hoffmann, Karl-Heinz	4	Nazi-Sport
Hogh, Alois	4	Bewährung
Holecsek, Rüdiger	5	Folter
Honsik, Gerd	21	Nazi-Zeitung
Hupka, Steffen	6	Ordnerdienst
	18	Naziüberfälle
Jelpke, Ulla	4	Drohungen
K., Felix	16	Solingen
Kallmann, Rainer	15	Anklage
Kanther, Manfred	5	Folter
Kausch, Susanne	10	Marion Ludwig
Khin Zaw Win	23	Khin Zaw Win
Kim, Sam-sok	23	Kim Sam-sok
Knütter, Hans-Helmuth	7	Bundeskongreß
Koch, Bernd	4	Nazi-Sport
Kastner, Maik	12	Haftstrafen
Klasen, Rüdiger	15	Vier Jahre Haft
Klein, Hans	7	Bundeskongreß
Kulik, Oliver	4	Nazi-Sport

Lauck, Gary Rex	9	Mini-Nazi-Demo
	20	Lauck
Le Pen, Jean-Marie	20	Rassistischer
Leuchner, Markus	7	Bundeskongreß
Linke, Maik	12	Haftstrafen
Ludwig, Marion	10	Marion Ludwig
Lück, Andreas	10	Priem verurteilt
Maehler, Wilfried	16	Polizei *
Marks, Gunter	12	Haftstrafen
Mauder, Karl	9	Südafrika
Menhorn, Gerald	4	Bewährung
Meyer, Gerhard	17	REP-Vorstand
Mohr, Christian	18	Naziüberfälle
Neumann, Jerry	20	Anschlag
Neumüller, Oliver	18	Verkehrsunfall
Nyawira Ngengi, J. O., Oliver	23	Josephine
	10	Nazi-Skins
Olaf	15	Mordversuch
Orlet, Rainer	5	Richter Orlet
	18	Anti-Antifa
Ost, Jürgen	7	Thule-Netz
Petri, Michael	9	Mini-Nazi-Demo
Pfleiderer, ...	15	Anklage
Pieper, Hans-Ulrich	11	FDP
Pohl, Andreas	4	Nazi-Sport
	10	Marion Ludwig
	12	Direkte Aktion
Preßmer, Inger	4	Nazi-Sport
Priem, Arnulf	4	Nazi-Sport
	10	Priem verurteilt
Rebmann, Kurt	5	Nazi-Terror
Richter, Karl	9	Südafrika
Richter, Thomas	7	Thule-Netz
Rieha, Christian	16	Solingen
Ruiz, Samuel	23	Bischof
Saberschinsky, Hagen	11	Vietnamese
Scheel, Uwe	12	Haftstrafen
Scheuerbrandt, Wolf	17	REP-Vorstand
Schill, Michael	7	Razzien
Schlegelberger, H.	12	DRK-Präsident
Schlierer, Rolf	8	Ausstellung
	17	REP-Vorstand
Schmalz-Jacobsen, C.	5	Folter
Schneider, Pedro	21	Nazi-Zeitung
Schönborn, Meinolf	10	Marion Ludwig
Schönteich, Martin	9	Südafrika
Scholz-Klink, ...	8	Pfadfinder
Schübler, Falco	4	Nazi-Sport
	4	Bewährung
Scrini, Otto	9	Südafrika
Seidlitz, David	18	Naziüberfälle
Seifert, Frank	10	Antifaschist
Senger, Peter	8	Pfadfinder
Sonntag-Wolgast, C.	5	Folter
Spieß, Karl	9	Südafrika
Thienmann, Helmut	19	Von DVU
Trageiser, Horst	7	Gegen REPs
Varney, Wolf-Dieter	16	Polizei
Vogel, Erik	8	Pfadfinder
Vogel, Rainer	8	Pfadfinder
Wahl, Max	9	Festnahme
Wedekin, Alexander	21	Wahlkampf
Wegmann, Werner	17	REP-Vorstand
Wegner, Willy	4	Bewährung
Weidner, Norbert	4	Nazi-Sport
	17	Aussteiger
Weilkes, Sandro	20	Rechtsextremist
Werner, Oliver	10	Priem verurteilt
Wiesenthal, Simon	7	Vor Gericht
Wittmann, Fritz	7	Bundeskongreß
Wollschläger, Stefan	7	Razzien
Worch, Christian	4	Nazi-Sport
Zeitlmann, Wolfgang	5	Folter
„Zeus“	7	Thule-Netz
Ziel, Alwin	12	Direkte Aktion
Zündel, Ernst	20	Anschlag

Amsterdam
Augsburg
Bahlen
Below
Berlin

Bochum
Bremen
Buckow
Büren

Cabbagetown
Coburg
Dachau
Dänemark
Den Haag
Eschweiler
Essen

Falkensee
Finsterwalde
Flensburg
Frankreich
Freiburg
Fulda
Glasmoor
Göttingen

Graz
Greifswald
Gütersloh
Gunzenhausen
Hagenow
Hamburg

Hoyerswerda
Hradec Kravole
Kanada
Karlsbad
Karlsruhe

Kenia
Kiel
Koblenz
Köln
Königsbrunn
Laubusch
Lettland
Lübben
Lübeck
Magdeburg
Mannheim

Mexiko
Michelsfeld
München

Orte

21	Prozeß
9	Mini-Nazi-Demo
15	Vier Jahre Haft
13	Erinnerung
4	Abschiebestopp
10	Antifaschist
10	Nazi-Skins
10	Nazitreff
10	Vier Jahre
10	Priem verurteilt
10	Marion Ludwig
11	Friedhof
11	Vietnamese
11	Exil-Ausstellung
11	Polizisten
11	Kandidatur
11	FDP
11	Erklärung
12	Offener Brief
12	DRK
12	Gedenktafel
16	Polizei
14	Flüchtlingsdemo
13	Waffenlager
17	Aktionen
17	Asylbewerber
20	Anschlag
20	Rechtsextremist
9	Gegen Nazis
20	Lauck
20	Lauck
17	REP-Funktionär
16	Rechte Gewalt
17	Fahrgäste
13	Nazi-Parolen
13	Ausschreitungen
19	Bewährung
20	Rassistischer
9	Rassistische
14	Thorsten Heise
14	Protest
15	Anklage
16	Friedhof
21	Aula
15	Angriff
17	Aktionen
9	Südafrika
15	Vier Jahre Haft
4	Drohungen
14	Protest
14	Rassistische
14	Straßen
18	Anschlag
21	Friedhof
20	Anschlag
8	Pfadfinder
7	Neues Urteil
8	Pfadfinder
8	Rechte Aktion
23	Josephine
19	Urteil
17	REP-Vorstand
16	Rechte Gewalt
9	NIT aus
18	Anschlag
21	Bomben
13	Überfall
19	Brandanschlag
19	Hauptverhandlg.
8	Haft für Nazi
8	REP-Parteitag
23	Bischof
7	Razzien
9	NPD-Kundgeb.
9	Selbstverbrenng
9	Spendendieb
9	Festnahme

Myanmar	23	Khin Zaw Win
Naumburg	18	Anti-Antifa
	19	Nazi-Parolen
Neckargemünd	7	Razzien
Neuhaus	20	Rechtsextremist
Neuruppin	13	Rechte Räuber
	13	Kneipe
Neuss	17	Aktionen
Niederlande	21	Prozeß
Österreich	21	Aula
Paris	20	Rassistischer
Passau	9	Festgenommen
Quedlinburg	18	Naziüberfälle
	19	Mehr Neonazis
Rädel	13	Skin-Konzert
Rathenow	13	Antifademo
	13	Gräber
Reims	20	Rassistischer
Rendsburg	19	Urteil
Riga	21	Bomben
Rußland	21	Wahlkampf
Schwerin	15	Angriff
Sinsheim	7	Razzien
Solingen	16	Solingen
Sonneberg	20	Rechtsextremist
Spanien	21	Nazi-Zeitung
St. Ingbert	18	Verkehrsunfall
Stolpe	14	Naziüberfall
Stuttgart	8	Ausstellung
Südkorea	23	Kim Sam-sok
Toronto	20	Anschlag
Tschechien	21	Mord an Roma
	21	Friedhof
Tübingen	7	Rave
Türkei	4	Abschiebestopp
	21	Menschenrecht
	23	Hayriye Gündüz
Uelzen	15	Mordversuch
USA	22	Die Todesstrafe
Usedom	14	Naziüberfall
Velten	12	Haftstrafen
Weilimdorf	7	Gegen REPs
Weimar	20	Schmierereien
Wernigerode	19	Mehr Neonazis
Witten	17	Kriegerdenkmal
Wuppertal	17	Festnahmen
Wurzen	18	Überfall
Zdar nad Sazavou	21	Mord an Roma

A.M.O.K.

**Antifa
Mail
Order
Kollektiv**

geht auf Sendung -
ab 1. September 1995:

T-Shirts - Broschüren - Aufnäher -
Plakate - vieles mehr...

**KATALOG AB
15. AUGUST BEI...**

**A.M.O.K.
GNEISENAUSTR. 2A
10961 BERLIN**

Was geht ab? #7

27

Da sind wir aber immer noch ...

... denn
diese Zeit
braucht
diese Tageszeitung.



Ich bestelle das 15-Wochen-Soli-Abo der jungen Welt für insgesamt 90 Mark:

Name
Str./Nr.
PLZ/Ort
Telefon

Die 90 Mark
☐ liegen dieser Bestellung als Verrechnungsscheck bei

☐ können einmalig von meinem Konto

Nummer
Geldinstitut

BLZ
abgebucht werden.

Unterschrift

Das Abo der jungen Welt geht

☐ an mich oder

☐ als Geschenk oder Spende an:

Name
Str./Nr.
PLZ/Ort

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich bei Ihnen widerrufen.

Mein Abo wandelt sich nach 15 Wochen in ein reguläres Abo, wenn ich nicht bis drei Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Datum/2. Unterschrift



Den / die Coupon/s schicke ich an das jungeWelt- Aktionsbüro, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin oder faxe ihn an die Nr. (030) 688 34-343.

Ich möchte für die jW aktiv werden

Name
Str./Nr.
PLZ/Ort
Telefon

und zwar

☐ will ich Plakate kleben

☐ als Zeitungsverkäufer

☐ durch Verteilen von Werbemittel

☐ ich will eine Veranstaltung mit der jW durchführen

Dafür brauche ich von Euch ☐ sofort oder zum (Termin) folgende Materialien:

geliefert an obenstehende Adresse oder nachfolgende Anschrift:

Ich habe weitere Ideen: